

Substanzielles Protokoll 120. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 14.00 Uhr bis 16.45 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Guy Krayenbühl (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Snezana Blickenstorfer (GLP), Roger Föhn (EVP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2024/534 * | Weisung vom 27.11.2024:
Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung (APV),
Teilrevision betreffend Bussenverzicht Teilnahme unbewilligte
Nutzung öffentlicher Grund zu politischen Sonderzwecken,
Abschreibung einer Motion | VSI |
| 3. | 2024/418 | Weisung vom 11.09.2024:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 | FV |
| 4. | 2024/421 | Weisung vom 11.09.2024:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2025 | STR |
| 5. | 2024/539 E | Postulat der GLP-Fraktion vom 27.11.2024:
Bericht über den Einsatz der dezentralen Lohnnebenleistungen
im Jahr 2025 | FV |
| 7. | 2024/541 E | Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne)
vom 27.11.2024:
Unterstützung der Pueblo Kawésqar Foundation | STP |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

4064. 2024/566

Interpellation der GLP- und SP-Fraktion vom 04.12.2024:

Abrechnung der Leistungen von Angehörigen im Bereich der Grundpflege zuhanden der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, Haltung zum Geschäftsmodell der Spitex-Organisationen, Mengengerüste und Entwicklungen, rechtliche und finanzielle Hintergründe und möglicher kommunaler Handlungsspielraum sowie Gewährleistung der Qualitätssicherung

Florine Angele (GLP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Es ist ein sehr aktuelles Thema, das national und kantonale aufgekommen wurde und auch bei uns in der Stadt sehr wichtig ist. Wir hätten gern schnell Antworten dazu.

Der Rat wird über den Antrag am 18. Dezember 2024 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärungen:

Anjushka Früh (SP) hält eine persönliche Erklärung zum Tram Affoltern.

Stefan Urech (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Antisemitismus in der Stadt Zürich.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Antisemitismus in der Stadt Zürich.

Julia Hofstetter (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zum Tram Affoltern.

Geschäfte

4065. 2024/534

Weisung vom 27.11.2024:

Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung (APV), Teilrevision betreffend Bussenverzicht Teilnahme unbewilligte Nutzung öffentlicher Grund zu politischen Sonderzwecken, Abschreibung einer Motion

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 9. Dezember 2024

4066. 2024/418

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2024/418 und 2024/421

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Sven Sobernheim (GLP): *Der Budgetentwurf des Stadtrats sieht inklusive Novemberbrief einen Aufwandüberschuss von rund 245 Millionen Franken vor. Der Aufwand liegt bei 11,2 Milliarden Franken, die Einnahmen bei 11,98 Milliarden Franken. Zum ersten Mal legt der Stadtrat für die selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten ein getrenntes Budget und einen Finanz- und Aufgabenplan (FAP) vor. Im Budget sind 676,5 zusätzliche Stellenwerte budgetiert, 381 davon im Schul- und Sportdepartement (SSD). Speziell hervorzuheben ist, dass im Novemberbrief 59 neue Stellenwerte beantragt wurden. Beim Sach- und Betriebsaufwand haben wir eine Abnahme von 150 Millionen Franken. Das liegt vor allem an den eigenen Wirtschaftsbetrieben, namentlich dem Elektrizitätswerk (ewz), das aufgrund der Beruhigung im Strommarkt deutlich weniger budgetiert hat. Die Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen erhöhen sich um 501 Millionen auf 2,27 Milliarden Franken und im Finanzvermögen sinken sie um 119 Millionen auf 531,8 Millionen Franken. Beim Steuerertrag rechnet die Stadt mit Einnahmen von 3,816 Milliarden Franken, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 278,3 Millionen Franken entspricht. Der Ertrag teilt sich auf rund 2 Milliarden Franken von natürlichen Personen und rund 1 Milliarde Franken von juristischen Personen auf. Hervorzuheben ist, dass die Grundstückgewinnsteuer mit 510 Millionen Franken budgetiert ist. Die meisten übrigen Einnahmen sind im Bereich der Rundungsdifferenz. Im FAP steht das Gleiche wie letztes Jahr. Hervorzuheben ist, dass der Stadtrat schreibt, dass wir rückblickend in 13 von 15 Jahren ein Rechnungsergebnis hatten, das besser als budgetiert war. Im Durchschnitt waren es rund 180 Millionen Franken. In finanzieller Hinsicht sieht der FAP bis zum Jahr 2028 einen jährlichen Aufwandüberschuss von 226,2 Millionen bis 398,3 Millionen Franken vor. Beeinflusst wird der FAP vor allem von den Themen Tagesschule, Netto-Null, Fachplanung Hitzeminderung und Heizungsersatz. Ich komme zu den Anmerkungen der Rechnungsprüfungskommission (RPK). Der eigenständige FAP der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten wird von der RPK begrüsst. Allerdings wurde diese Aufgabe sehr unterschiedlich wahrgenommen. Beispielsweise beschreibt die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien (SWkF) ausführlich, was sie in den Neubauten Felsenrain und Thurgauerstrasse in welchem Jahr investieren will. In Kontrast dazu steht die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), die ein Projekt pro Jahr namens «Bauprojekte» ausweist. Ein unschönes Thema ist die Asyl-Organisation Zürich (AOZ). Sie hat es nicht geschafft, uns bis zum Abschluss in der Kommission ein Budget vorzulegen. Wir werden in diesem Jahr also kein Budget der AOZ behandeln können, sondern müssen es im nächsten Jahr nachträglich zur Kenntnis nehmen, wenn es bereits in Anwendung ist. Die RPK erwartet, dass im kommenden Jahr auch das von der AOZ vorgelegte Budget rechtzeitig bei uns ist. Nur so lässt sich die gemeinderätliche Oberaufsicht wahrnehmen: Der städtische Betriebsbeitrag, den wir mit der Budgetvorlage beschliessen, hat eine Abhängigkeit vom Budget der AOZ. Auch in diesem Jahr gab es Änderungen in der Budgetstruktur, die den Vergleich mit dem Vorjahr schwieriger machen. Die Fernwärme von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ)*

haben wir ins Globalbudget des ewz verschoben. Das führte dazu, dass das ewz sein Globalbudget komplett neu strukturierte. Das Thema Globalbudget wird uns in der diesjährigen Budgetdebatte mehr als üblich beschäftigen. Während des laufenden Jahres haben wir zwei Globalbudget-Anträge überwiesen. Beide Anträge wurden nicht im Sinn der Antragstellenden ausgeführt, weshalb wir fünf Anträge zu den zwei Globalbudget-Anträgen haben. Auch mit dem Thema Fringe Benefits befasste sich die RPK ausführlich. Im Juni 2023 stimmte der Gemeinderat einer Änderung des Personalrechts zu. Dabei regelte er die Verpflegung und den Mobilitätsbeitrag zentral und übergab den Departementsvorstehenden die Kompetenz für die dezentralen Fringe Benefits. Aus Sicht der RPK zeigt die aktuelle Budgetvorlage, dass das Ziel der Vereinheitlichung in der ganzen Stadt nur teilweise erreicht wurde und dass es in den Dienstabteilungen noch deutliche Budgetierungsschwierigkeiten hierzu gab. Die RPK wird das Thema im laufenden Jahr mit entsprechenden Rückfragen begleiten müssen. Der FAP wird von einer Mehrheit der RPK zur Kenntnis genommen. Eine Minderheit nimmt ihn ablehnend zur Kenntnis. Die Mehrheit der RPK wird dem Budget sowie den Globalbudgets zustimmen, eine Minderheit lehnt sie ab. Der Antrag des Stadtrats zur Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS) wird einstimmig angenommen. Beim Steuerfuss plädiert eine Mehrheit für 119 Prozent, während zwei Minderheiten für 116 Prozent respektive 112 Prozent plädieren. Einstimmig beantragt die RPK die Genehmigung des Budgets und FAP der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen sowie die Kenntnisnahme des Budgets und FAP der SAW. Dem FAP und dem Budget der SWkF sowie der Stiftung Einfach Wohnen (SEW) wird mehrheitlich zugestimmt. Die Kenntnisnahme des Globalbudgets der AOZ ist wie gesagt nicht möglich. Dem städtischen Betriebsbeitrag aber stimmt eine Mehrheit zu. Erwähnen wollen wir, dass es dieses Jahr rund 110 Anträge zur Budgetvorlage 2025 sind, während vor wenigen Jahren noch 300 Anträge üblich waren. Die RPK konzentrierte sich also auf wenige, dafür politisch relevante Anträge.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4067/2024–4073/2024)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4067. 2024/572
Erklärung der SP-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2025: Höchste Zeit für mehr bezahlbare Wohnungen

Der Stadtrat budgetiert für das Jahr 2025 ein Defizit von 226,2 Mio. Franken. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Rechnungen jeweils deutlich besser abschneiden als das Budget – zuletzt oft im Umfang von über 200 Mio. Franken. Trotz des budgetierten Defizits ist die Stadt Zürich deshalb weiterhin finanziell gesund.

Das ist wichtig – und es ist auch wichtig, dass das so bleibt. Gleichzeitig ist aber auch zentral, dass alle Zürcher:innen an diesem finanziellen Erfolg der Stadt wenigstens ein Stück weit teilhaben. Das ist heute leider nicht immer der Fall; ganz im Gegenteil werden zunehmend ärmere Menschen und vermehrt auch der Mittelstand aus der Stadt verdrängt. Gerade das aktuelle Beispiel der Leerkündigung der Sugus-Häuser zeigt dies in aller Deutlichkeit.

Sugus zeigt: Es braucht mehr bezahlbare Wohnungen

Zürich braucht dringend mehr bezahlbare Wohnungen. Deshalb hat die SP eine Erhöhung der Investitionen für den Kauf von Grundstücken und Liegenschaften um 250 Millionen Franken beantragt, denn nur so kann der Volksentscheid zum Drittelsziel nach einem Jahrzehnt der Stagnation noch erreicht werden. Die SP bedauert, dass die Umsetzung des Volkswillens in diesem Parlament nicht mehrheitsfähig ist. Gleichzeitig ist die SP aber froh und dankbar, dass dank einem Kompromiss mit Grünen und AL eine Erhöhung dieser so

wichtigen Investitionen in bezahlbare Wohnungen um wenigstens 100 Millionen Franken möglich ist. Weitere Aufstockungen werden notwendig sein, aber dieser Kompromiss ist doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Diese Investitionen in bezahlbare Wohnungen liegen im Interesse der Bevölkerung. Wenn die Stadt nämlich das Drittelsziel erreicht, so sparen die Mieter:innen im Vergleich zu heute weit über 200 Millionen Franken – und das Jahr für Jahr. Dadurch wird auch die Kaufkraft gestärkt, wovon gerade auch das lokale Gewerbe profitiert. Dies wiederum schafft Arbeitsplätze und generiert zusätzliche Steuereinnahmen – zum Wohle von uns allen.

Sinnvolle Investitionen in das Volksvermögen

All dies ist möglich, ohne dass die Steuerzahler:innen belastet werden. Denn die höheren Investitionen refinanzieren sich über die Miteinnahmen zu 100 Prozent. Umgekehrt kommt die Wertsteigerung der gekauften Liegenschaften vollumfänglich dem Volksvermögen zugute. Eine Politik, welche auf diese Mehrung des Volksvermögens bei gleichzeitiger Entlastung der Bevölkerung bei den Mieten verzichtet, ist finanzpolitisch schlicht unvernünftig.

Selbstverständlich müssen nicht nur die wohnbaupolitischen, sondern auch alle anderen Volksentscheide umgesetzt werden. So beantragt die SP beispielsweise zur Förderung des Veloverkehrs zusätzliche Veloampeln sowie mehr Veloparkplätze. Ebenfalls im Sinne eines Volksentscheides fordern wir die Erhöhung der städtischen Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit.

Keinen Handlungsbedarf sieht die SP hingegen beim Steuerfuss. Die Politik der ruhigen Hand mit einem stabilen und verlässlichen Steuerfuss hat sich bewährt: Unsere Stadt prosperiert, und bereits heute hat Zürich für Menschen und Unternehmen eine hohe Anziehungskraft.

Die bürgerliche Politik der tiefen Steuern bei gleichzeitig hohen Gebühren ist für den Mittelstand ein Verlustgeschäft. Die Durchschnittszürcherin und der Durchschnittszürcher sparen bei einer dreiprozentigen Steuersenkung nämlich gerade mal 47 Franken. Gleichzeitig fehlt durch die Steuersenkung das Geld für eine wirklich substanzielle Entlastung der breiten Bevölkerung, etwa bei den Kitas, bei den Krankenkassen oder bei den Abokosten für den öffentlichen Verkehr. Hinzu kommt noch, dass die bürgerlichen Parteien in den Alterszentren weiter an der Gebührenschaube drehen wollen. Nachdem die Gebühren bereits per 2024 um über 6'000 Franken erhöht worden sind, wollen die Bürgerlichen eine weitere massive Gebührenerhöhung per 2027 durchwinken. Es ist offensichtlich: Eine solche Politik geht für den Mittelstand nicht auf.

Für die SP ist hingegen klar: Die Rechnung muss für alle Menschen aufgehen – auch für die Ärmern sowie den Mittelstand. Und da bei den meisten Menschen die höchste Rechnung diejenige für die Mieten ist, gibt es hier den dringendsten Handlungsbedarf für eine Entlastung. Kurzum: Es ist höchste Zeit für mehr bezahlbare Wohnungen!

4068. 2024/573

Erklärung der FDP-Fraktion vom 11.12.2024: Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der FDP-Fraktion verliest Martin Bürki (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Stadtrat weiterhin im finanzpolitischen Rausch. Wann ist das Fuder überladen? Steuersenkung jetzt!

Erstmals überschiesst das Budget die 11-Milliarden-Marke. Der Stadtrat gibt weiterhin das Geld mit allen Händen aus und malt gleichzeitig das Schreckensszenario eines Defizits an die Wand, weil er die Steuern nicht senken will.

Der Stadtrat plant für das nächste und die folgenden Jahre durchgehend Verluste zwischen rund 226 und fast 400 Millionen Franken. Besorgniserregend sind vor allem die geplanten Investitionen, die aufgrund des tiefen Eigenfinanzierungsgrades zu einer massiven Zunahme des Fremdkapitals führen. Bis 2028 soll sich die Verschuldung knapp verdoppeln. Eine weitsichtige Finanzpolitik geht anders. In guten Zeiten – wie jetzt – sollte man Schulden abbauen, um in schlechten Zeiten besser über die Runden zu kommen. Diesen Grundsatz tritt der Stadtrat mit Füßen. Rekordwerte bei den Ausgaben und Rekordwerte bei den Investitionen. Die linke Ratsmehrheit versteckt sich hinter der Behauptung, dass Volksentscheide umzusetzen seien und man gar nicht anders handeln könne. Es kann anders gehandelt werden! Auch die FDP ist für notwendige Infrastrukturinvestitionen. Es muss aber nicht jedes Gebäude, das die Stadt Zürich baut ein vergoldeter Palast sein und doppelt oder dreimal so viel Kosten an anderen Orten der Schweiz. Die völlig ausser Kontrolle geratenen Liegenschaftskäufe auf Pump sind massiv zu reduzieren.

Mit dem Budget 2025 ist das Fuder überladen. So bricht der Karren zusammen.

Per August 2024 sind 522 Stellen nicht besetzt, die budgetiert waren. Nun sollen 677 neue Stellen geschaffen werden. Bevor in diesem Ausmass neue Stellen geschaffen werden, ist die Besetzung der bewilligten

Stellen sorgfältig vorzunehmen und dann seriös überlegen, wo es darüber hinaus wirklich noch mehr Stellen braucht. Was in der Privatwirtschaft selbstverständlich ist, wäre auch für die Stadtverwaltung das korrekte Vorgehen. In der Stadt gibt es aber kein Gremium, das das Stellenwachstum kritisch hinterfragt und unabhängig überprüft, ob dieses wirklich nötig ist. Die Stadt gibt jedes Jahr weniger aus als budgetiert und es werden weniger Stellen besetzt, als geschaffen werden. Das liegt daran, dass die rot-grüne Mehrheit im Parlament so viele Wünsche und Forderungen nach Mehrausgaben platziert, dass der Stadtrat gar nicht mit dem Ausgeben Schritt halten kann. Der Stadtrat legt dann jedes Jahr mit einem höheren Budget nach und die rot-grüne Mehrheit packt noch einmal eins drauf. Dieser Kreislauf muss endlich gestoppt werden, bevor die Stadt in ein finanzpolitisches Unwetter hineinläuft.

Während die Steuereinnahmen weiter sprudeln – insbesondere die Grundstücksgewinnsteuern nochmals massiv steigen – erfahren Steuerzahlerinnen und Steuerzahler keinerlei Steuerentlastung. Der Stadtrat bemüht sich nicht einmal mehr, stichhaltige Argumente auszuführen, die gegen eine Steuersenkung sprechen würden - es gibt schliesslich auch keine. Einzig aus Gründen linker Parteidoktrin windet er sich weiterhin um einen überfälligen Steuersenkungsantrag. Damit wird klar, dass eine Entlastung der Bevölkerung nur mit neuen politischen Mehrheiten möglich ist.

4069. 2024/574

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Wir wollen Zukunft! Mehr bezahlbare Wohnungen, mehr Klimaschutz, mehr Chancengerechtigkeit – ein Züri für alle!

Wir GRÜNEN begrüssen grundsätzlich das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2025, das in weiten Teilen ein grün geprägtes Budget ist, insbesondere mit den Investitionen in den Energieumbau und im Bereich Wohnen. Für den Klimaschutz und für mehr Chancengerechtigkeit in der Schule sehen wir dringenden Bedarf für mehr Mittel.

Eine rote Null: hohe Investitionen, aber auch solide Steuereinnahmen prägen das Budget 2025 der Stadt Zürich. Zürich wächst, das zeigt sich auch beim vorliegenden Budget. Die wichtigsten Punkte im Budget sind für uns die Investitionen in den Wohnbau, für die Bildung sowie die Klima-Massnahmen, wozu auch mehr Platz für Velo- und Fussverkehr sowie Grünraum zählen.

Im 2025 startet endlich der von uns geforderte Wohnraumfonds, der gemeinnützige Wohnbauträger beim Bau von bezahlbaren Wohnungen unterstützt. Des Weiteren unterstützt die Stadt Wohnbaustiftungen, baut eigene Wohnsiedlungen und zudem ist im Budget eine halbe Milliarde Franken eingestellt, damit die Stadt Liegenschaften erwerben und sie der Kostenmiete zuführen kann. Dieser Betrag kann vom Stadtrat bei Bedarf überschritten werden, um zum Beispiel den Verlust von bezahlbarem Wohnraum zu verhindern. Damit hat die Stadt genügend Mittel, um bezahlbare Wohnungen zu schaffen, soweit tragbare Opportunitäten auf dem Markt zu realisieren sind.

Beim Verkehr und im Klimabereich ist die Stadt momentan mit angezogener Bremse unterwegs. Insbesondere bei den indirekten Emissionen besteht Handlungsbedarf, wie der Netto-Null Bericht aufzeigt. Der Ausbau von Photovoltaik muss schneller vorwärts gehen, AKW-Strom hat keine Zukunft mehr. Beim Veloverkehr wird der zügige Ausbau von Velovorzugsrouten systematisch durch Einsparungen behindert, deswegen fordern wir mehr Ressourcen bei der Stadt.

Chancengerechtigkeit für alle – da gibt es noch viel zu tun: Inklusive Bildung oder so genannte Schulinseln und die Stärkung der Schulsozialarbeit wollen wir mit zusätzlichen Mitteln im Budget stärken. Dazu gehören auch mehr Mittel für die Bekanntmachung von Schutzangeboten für Gewaltbetroffene und der Verzicht auf das Sozialinspektorat.

Damit setzen wir uns konsequent ein für eine Stadt für alle Menschen. Das beginnt bei bezahlbaren Wohnungen, zeigt sich in der Schule und Bildung, und setzt sich bei den Massnahmen fort, mit denen wir uns langfristig gegen die Klimaerwärmung einsetzen: Umbau der Energieversorgung oder die Förderung von ökologischen Verkehrsmitteln – mehr Velo, mehr öV, mehr Fussverkehr, weniger Auto. Mit dem vorgesehenen Budget 2025 kommen wir unseren Zielen einen Schritt näher.

4070. 2024/575
Erklärung der GLP-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der GLP-Fraktion verliest Sven Sobernheim (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Intransparenz im Zürcher Stadtrat: Das Budget 2025 und die fragwürdige Umsetzung der Finanzplanung

«Die Finanz- und Aufgabenplanung schafft Transparenz». Dieses Zitat von Stadtrat Leupi stammt aus dem Dezember 2022. Scheinbar hat es keine Gültigkeit mehr. Der Gemeinderat hat mit der Schaffung der zentralen Fringe Benefits eine Vereinheitlichung und Zentralisierung der Regelungen bezüglich Mobilitätsbeitrag und Verpflegungspauschale beschlossen. Der Stadtrat hat mit seiner Umsetzung jedoch das Gegenteil erreicht. Die Beträge für den Mobilitätsbeitrag wurden auf insgesamt 81 Konten budgetiert, und jede Dienstabteilung hat eigene, willkürliche Annahmen zur Aufteilung auf die verschiedenen Konten getroffen. Transparenz sieht anders aus.

Noch absurder wird es bei den dezentralen Fringe Benefits. Die Idee, dass jede Departementsvorstehende einen Betrag erhält, um in ihrem Departement etwas umzusetzen, fand die GLP von Anfang an absurd und wollte diese Regelung daher auch aus dem Personalrecht streichen. Nun zeigt sich aber aus den Budgetantworten, dass damit nicht unbedingt die angedachten Skitage im Bündnerland fürs ewz oder die günstigeren Medikamente für Angestellte des Stadtsitals finanziert werden, sondern dass die 150 CHF einfach ausbezahlt werden sollen. Hier fordert die GLP nun, dass in einem Bericht wenigstens aufgezeigt wird, wie das Geld letztlich verteilt wurde. Transparenz hilft, Mängel aufzudecken.

Doch es geht noch absurder. Was haben die öffentliche Beleuchtung der Stadt Zürich, eine Fernwärmeleitung, ein Wasserkraftwerk und ein Glasfaseranschluss gemeinsam? Gemäss ewz darf man diese Dinge nicht einzeln betrachten, sondern muss sie in einem 3-Milliarden-Budget vermischen. Die GLP kämpft dafür, dass die Anlagendeckungsgrade getrennt nach den völlig unterschiedlichen Bereichen ausgewiesen und nicht vermischt werden. Warum dies nicht sinnvoll sein soll, blieb auch nach mehreren Fragerunden unklar. Der Satz „Die Finanzierung des ewz erfolgt gesamthaft über das Unternehmen, weshalb eine Umsetzung je Produktgruppe nicht möglich ist und auch nicht zielführend wäre“ klingt zwar gut, ist aber eigentlich auch nur eine Lobeshymne auf die Intransparenz.

Das Budget 2025 ist für die GLP genau das Budget, das zu erwarten war. Wir haben unseren Fokus daher daraufgelegt, dass das Budget – und in Folge auch die Rechnung – Transparenz schafft. Denn Transparenz ist die Grundlage unserer Demokratie. Oder wie die NZZ in einem Kommentar in anderem Zusammenhang geschrieben hat: „Sie will Macht, aber keine Kontrolle: Die Zürcher Regierung hat ein Problem mit Transparenz.“ Der Zürcher Stadtrat scheinbar ebenfalls.

4071. 2024/576
Erklärung der SVP-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der SVP-Fraktion verliest Samuel Balsiger (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Dies ist ein Warn- und Weckruf:

Ausgabenwachstum in der Stadt Zürich ausser Rand und Band – SVP warnt seit Jahren

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Parteien unterschiedliche Ansichten haben. Doch die explosionsartige Zunahme der Staatskosten in der Stadt Zürich müssen für alle, die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen, ein Weck- und Warnruf sein. Die SVP fordert eine schlanke Verwaltung, den Stopp von unsinnigen Staatsausgaben und eine Steuersenkung von 7 Prozentpunkten. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, Sicherheit und Freiheit gewährleisten und die Bürger möglichst in Ruhe lassen.

Bis ins Jahr 2022 stiegen die städtischen Ausgaben jährlich um etwa 100 bis 200 Millionen Steuerfranken. Diese Ausgabenpolitik war bereits verantwortungslos. Doch seit Beginn der laufenden Legislatur gehen die Staatsausgaben regelrecht durch die Decke. Um bis zu 800 Millionen Steuerfranken steigen diese pro Jahr an. Innert drei Jahren zusätzliche Staatsausgaben von fast 1,7 Milliarden. Und in den nächsten Jahren soll es im gleichen Höllentempo weitergehen. Dass diese ungesunde Entwicklung nicht gut enden wird, dürfte insgeheim allen Verantwortlichen klar sein.

Der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) zeigt demnach auch, dass in den nächsten Jahren hohe Aufwandsüberschüsse auf die Stadt Zürich zukommen. Innert den nächsten vier Jahren rund 1,2 Milliarden Franken.

Solange sich mittel- bis langfristige die Lage diesbezüglich nicht verbessert hat, muss die Stadtverwaltung die Investitionssumme herunterfahren.

Der Grund für die abstruse Ausgabenpolitik besteht hauptsächlich darin, dass die Linken sowohl im Stadtrat als auch im Gemeinderat die absolute Mehrheit haben. Warum geben sie so viel fremdes Geld aus? Sie möchten Gefälligkeiten verteilen, um sich bei gewissen Gruppen beliebt zu machen. Die linken Parteien machen also mit Gefälligkeiten auf Kosten der Steuerzahler Wahlkampf – dies hinterlässt einen schalen und demokratiepolitisch unwürdigen Nachgeschmack.

Gleichzeitig bleiben die echten Probleme, die in der Stadt Zürich vorherrschen, ungelöst. Die SVP bietet immer wieder Hand, um die Polizei und damit Sicherheit in unserer Stadt zu stärken. Wir erarbeiten auch in anderen Bereichen Lösungen für unsere Bevölkerung. Wichtiger Leitsatz dabei: Der Staat soll sich möglichst zurückhalten, damit die Bürger sich frei entfalten können. Problemlos sind durch Optimierungen im Verwaltungsbetrieb Steuersenkungen von 7 Prozentpunkten möglich, ohne dass die Qualität der staatlichen Leistungen nur eine Spur schlechter wird. Zu viele Doppelspurigkeiten, unsinnige Milliardenprojekte, teures «Züri Finish» und Bürokratie lassen grüssen.

Die SVP will einen schlanken Staat, gut funktionierende Verkehrsinfrastrukturen, tiefe Steuern, ein kontrolliertes städtisches Bevölkerungswachstum, Sicherheit, Wohlstand und Freiheit. Die SVP hat die richtigen Antworten auf die grossen Probleme unserer Zeit. Wir vertrauen auf die Mündigkeit der Bürger und wissen, dass Eigenverantwortung keine Last, sondern eine Befreiung ist.

4072. 2024/577

Erklärung der Die Mitte/EVP-Fraktion vom 11.12.2024: Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der Die Mitte/EVP-Fraktion verliest Markus Haselbach (Die Mitte) folgende Fraktionserklärung:

Keine Budgeterhöhungen auf Vorrat

Das vom Stadtrat vorgestellte Budget 2025 inklusive Novemberbrief zeigt in fast allen Bereichen signifikant höhere Zahlen. Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen steigen stark auf beinahe 2.1 Milliarden Franken. Grossen Anteil daran haben der zusätzlich benötigte Schulraum, die Investitionen in den Wohnbau wie auch der bereits berücksichtigte Übertrag der Flughafenaktien ins Verwaltungsvermögen. Gemäss Finanz- und Aufgabenplan 2025 – 2028 zeichnet sich in den Folgejahren die notwendige Stabilisierung ab. Demographisch bedingt sollte der Bedarf nach Schulraum bald nicht mehr zunehmen. Der budgetierte Selbstfinanzierungsgrad von 26% ist aus Sicht der Fraktion Die Mitte / EVP völlig ungenügend. Erfahrungsgemäss kommt dieser Wert in der Rechnung jeweils deutlich höher zu liegen.

Zur Erfolgsrechnung: Das Budget weist einen Verlust von 245 Millionen Franken aus. Ein Treiber ist der Personalaufwand. Gegenüber dem Budget 2024 steigen die Stellenwerte um rund 3% und der Personalaufwand um 5%. Über mangelnde Steuereinnahmen kann sich die Stadt Zürich nicht beklagen. Sie sind gesamthaft 278 Millionen Franken oder um 7.9% höher budgetiert als im Vorjahr. Die Mitte / EVP Fraktion erwartet, dass der Gemeinderat durch seine Änderungen das budgetierte Defizit beträchtlich senkt. Dies geschieht hauptsächlich durch einen Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen und durch eine Erhöhung der erwarteten Grundstückgewinnsteuern sowie in einigen Dienstabteilungen auch durch Reduzierung zusätzlicher Sollstellen. So fordern wir in der Dienstabteilung Kultur einen Verzicht auf zusätzliche Sollstellen für die Aufrechterhaltung des Status Quo und bei der Fachstelle für Gleichstellung wollen wir den Ausbau auf eine Stelle beschränken. Von uns gewünschte Mehrausgaben für Bildung, Gesundheit, Soziales und Klima sind im Voranschlag des Stadtrats mehrheitlich schon berücksichtigt. Wir beantragen jedoch angesichts der humanitären Katastrophen vielerorts eine massvolle Erhöhung der humanitären Hilfe im Ausland wie auch bei den Beiträgen zugunsten von Entwicklungsländern. Dazu unterstützen wir zusätzliche Mittel für den nochmaligen Versand von Entsorgungscoupons und Personalmassnahmen für Angestellte der tieferen Funktionsstufen.

Wir wehren uns entschieden gegen Anträge, die unter Auslassung des regulären Bewilligungsprozesses finanzielle oder personelle Mittel für ein Anliegen fordern. Bevor Mittel budgetiert werden, sollte die zuständige Verwaltungsstelle selbst die Angelegenheit prüfen und – falls wirklich benötigt – ordentlich beantragen. Die Fraktion Die Mitte / EVP lehnt Budgeterhöhungen auf Vorrat dezidiert ab.

Die Finanzen der Stadt Zürich sind gesund. Sie hat ein Tripel-A Rating und verfügt über ein zweckfreies Eigenkapital von über 2 Milliarden Franken. Damit das so bleibt, ist darauf zu achten, dass die Stellenwerte nur gering zunehmen. Von der guten Finanzlage sollen nun auch endlich die Steuerzahlenden profitieren. Darum setzen wir uns für eine Senkung des Steuersatzes auf 116% ein.

4073. 2024/578
Erklärung der AL-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag (AL) folgende Fraktionserklärung:

Zukunftsfähigkeit und soziale Tragfähigkeit – ein Spannungsfeld

Die Stadt Zürich wächst und wächst und wächst. Damit die Stadtvergrößerung zukunftsfruchtig bleibt, darf sie nicht ohne Rücksicht auf die Menschen, die hier leben, geschehen. Ohne soziale Investitionen droht Zürich vollends zu einer kalten, gentrifizierten Metropole zu verkommen.

Das vor uns liegende Budget bringt ein riesiges Investitionsvolumen mit sich. Sehr viele Vorhaben sind unerlässlich, um die Stadt zukunftsfruchtig zu gestalten. In diesem Sinne wird der Investitionsschub die Attraktivität Zürichs weiter erhöhen und noch mehr profitorientierte Investor*innen anziehen, die das momentane urbane Eldorado gnadenlos auszunutzen versuchen. Gleichzeitig werden diese rosigen Aussichten jedoch den Druck auf viele Dienstleistungsbereiche und insbesondere auf den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt verschärfen. Die Leerkündigungen in den Sugas-Häusern von letzter Woche zeigen, dass Menschen nicht nur aufgrund teurer Neubauten ihre Wohnungen verlieren, sondern auch in bestehenden Liegenschaften wortwörtlich „wegsaniert“ werden. Um dieser wohnpolitischen Katastrophe ein Ende zu setzen, braucht es eine koordinierte Rettungsoffensive und ein Umdenken auf mehreren Ebenen.

Im Budget 2025 zeigt der Stadtrat, dass er seine bisherige Haltung langsam revidiert. Für Land- und Liegenschaftskäufe steht erneut ein Budgetposten bereit. Erste Projekte für den Wohnraumfonds werden erwartet, die öffentlich-rechtlichen Wohnbaustiftungen sollen kapitalisiert und ein neuer Wohnbau- sowie Jugendwohnkredit ins Leben gerufen werden. Doch die unersättliche Profitgier von Immobilienunternehmen und Privatpersonen erfordert dringend weitergehende Massnahmen, wie etwa die kantonale Wohnschutzinitiative, die Mietzinsbegrenzungen bei Renovationen fordert. Auf nationaler Ebene wären griffigere Instrumente, um konsequente und systematische Mietzinskontrollen durchzuführen, mehr als je nötig.

Eine radikale Umkehr braucht es bei den städtischen sozialen Mitberichten zur Begleitung von Bauprojekten. Ihre absolut frustrierende Wirkungslosigkeit muss 2025 ein Ende finden. Vom neuen Wohndelegierten erwarten wir, dass er diesen bisher erfolglosen Ermahnungen hinter verschlossenen Türen ein radikales Ende setzt. Und wir sagen es schon jetzt: Ohne sichtbare und wirksame Resultate bei der sozialen Abfederung von Wohnprojekten ist diese Stelle mehr als sinnlos! Wenn alle Stricke reißen, muss die Stadt Zürich einkommensschwache Menschen deutlich stärker bei der Wohnungssuche unterstützen. Auch diese Forderung ist nicht neu!

Soziale Tragfähigkeit sichert unsere Zukunft

Die AL schaut genau dorthin, wo andere gerne wegsehen. Wir sind absolut der Auffassung, dass eine Gemeinschaft nur dann gerecht und widerstandsfähig wachsen kann, wenn niemand auf der Strecke gelassen wird. Das gilt auch für geflüchtete Menschen, die politisch keine Stimme besitzen und deren Lebensqualität massgeblich von den unmittelbaren Entscheiden von Parlamenten und Exekutiven abhängt. Bei dieser Budgetdebatte setzt die AL deshalb einen ihrer Schwerpunkte in der Verbesserung der sozialen Situation dieser Personen. Mittels eines - minimalen - Aufwands im Unterhalt der AOZ-Liegenschaften kann nämlich ein Maximum an Lebensqualität für diese vulnerable Gruppe erzielt werden. Ein angenehmer Wohn- und Lebensraum unterstützt nicht nur den Integrationsprozess, was die bürgerliche Seite bestimmt, gerne hört. Es ist auch ein Recht, worauf Menschen, die alles gegeben haben, um zu uns zu flüchten, Anspruch haben. Das nennen wir soziale Brückenpfeiler schaffen!

Soziale Tragfähigkeit entsteht zudem durch kluge Investitionen in Bildung und Arbeitsbedingungen. Mit der Anpassung des Bedarfsschlüssels für Deutsch als Zweitsprache sowie einem gemeinsamen Förderpaket von links-grün für die inklusive Schule stellen wir sicher, dass die sprachliche Entwicklung und der individuelle Bedarf von Kindern und Jugendlichen im Zentrum stehen. Das ist die Grundlage für eine zukunftsgerichtete Bildungsentwicklung!

Leider zeigt der Stadtrat auch im Budget 2025 erneut keinen Willen, eine der wichtigsten Fragen unserer Gegenwart - nämlich jener der Umgestaltung der Arbeitszeit - anzupacken. Er blockiert seit Jahren die Test-Einführung einer 35-Stunden-Woche in mehreren Schichtbetrieben und verpasst damit die Chance, die Situation der arbeitenden Stadtbevölkerung an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts anzupassen. Diese strukturellen Veränderungen bleiben im Fokus unserer Bestrebungen. Sie sind kurzfristig, mühsam einzuführen, langfristig zeigen sie sich alleweil wirksamer als passagere Einmalzulagen. Deshalb fordert die AL, mit einem Vorstoss ausserhalb des Budgets, den Mindesturlaub für städtische Angestellte von 4 auf 5 Wochen zu erhöhen. In einer Zeit wie dieser müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, um Fachkräfte zu binden. Gesundheitsförderung und die Vereinbarkeit von Lohn- und Care-Arbeit erfordern insbesondere mehr Erholungszeit.

Korrektureingriffe durch Umverteilung

Die AL begrüßt die im Budget vorgesehenen 60 Millionen für städtische Lohnmassnahmen und den Teuerungsausgleich. Besonders wichtig ist die Umsetzung unserer Motion zum jährlichen Teuerungsausgleich für Lernende in der beruflichen Grundbildung. Dadurch wird die Kaufkraft der Lernenden ab April 2025 ein Stück weit verbessert. Ebenso freuen wir uns über die nochmals anstehende Energiekostenzulage sowie über den baldigen Auftrag der Zürcher Bevölkerung für einen Bonus für die grundversorgten Kund*innen der Elektrizitätswerke.

Doch im Budget finden sich auch Umverteilungen in die falsche Richtung: Private Schulen profitieren unverhältnismässig von der städtischen Infrastruktur, während im ambulanten Pflegesektor seit neuestem jährlich Millionen in die Geschäftsmodelle kommerzieller Spitex-Anbieter*innen fliessen, die von pflegenden Angehörigen profitieren. Diese Missstände sind nicht länger hinnehmbar, weshalb wir erst letzte Woche mit einem Vorstoß auf diese ungerechtfertigte Praxis reagiert haben, um diesem Zustand mit einem ersten Schritt entschieden entgegenzutreten.

Die AL steht weiterhin für eine klare, zielgerichtete Umverteilung, die den Menschen in Zürich nicht mit leeren Versprechungen, sondern mit konkretem Nutzen dient. Ohne soziale Investitionen gibt es keine Zukunft, weder in Zürich noch sonst wo.

4066. 2024/418

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Schaue ich das Budget an, dann ist es für mich wie ein grosser Garten. Es wächst viel Gemüse, viele Früchte und auch Kräuter haben Platz. Als Finanzvorsteher weiss man nicht immer sofort, was im hintersten Beet los ist und ab und zu muss man sprinten. Wenn es jeweils zur Budgetdebatte kommt, haben manche den Eindruck, dass man ihrer Pflanze noch möglichst viel Wasser geben müsste, damit sie Ende Saison blüht. Gewisse Dinge kann man aber auch ertränken und es beginnt zu faulen. Das ist die eine Wahrnehmung. Dann gibt es solche, die die Wasserrechnung bemängeln und fordern, dass alles abgestellt werden soll. Die Pflanzen brauchen aber alle Wasser, Dünger und Gartenarbeit. Der Stadtrat sieht Ihre Bemühungen und Beurteilungen. Aber er hat trotz allem den Eindruck, dass er Ihnen ein vernünftiges, durchdachtes Budget vorlegt, das dazu beiträgt, dass der städtische Garten weiterhin blüht. Dass der Garten blüht, sieht man an erwähnten Faktoren, die Sie teilweise unterschiedlich beurteilen. Es gibt Früchte, Gemüse, Kräuter – es wächst. In den Zahlen des Budgets und der Stadtentwicklung heisst das, dass wir eine wachsende Stadt, einen grossen Zuzug, wachsende Steuereinnahmen und auch wachsende Kosten haben. Das Wachstum prägt die Stadt. Wie in jedem Garten gibt es Punkte, bei denen nicht jedes Wachstum erwünscht ist oder bei denen eine Pflanze schneller wuchert und kleinere Pflanzen in den Schatten stellt. Wir sind der Meinung, dass es dort Unterstützung braucht. Wir denken dabei an den Sozialbereich, bei dem wir nicht alles treiben lassen können. Es braucht manchmal eine Korrektur oder einen Schnitt und vor allem braucht es Unterstützung in den Bereichen, in denen das Wachstum nicht die erwünschten Effekte hat. Der Stadtrat malt kein Schreckensszenario. Dass das städtische Budget ein Defizit aufweist, ist kein neues Phänomen. Das war in den letzten Jahren fast immer so und kam meistens besser raus. Einige haben den Eindruck, dass ein Defizit bereits eine Fehlernte prognostiziert und alles im Regen ertrinke. Das ist nicht der Fall. Mit diesem Defizit können wir umgehen. Es ist ein Stück weit systemimmanent: Nicht alles lässt sich umsetzen. Der Stadtrat macht keinen Hehl daraus, dass die Investitionen in Zukunft noch mehr angeschaut werden müssen. Wir legten das in der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ausführlich dar. Wir sehen die Investitionen ansteigen. Der Kauf von Liegenschaften ist das eine, die Investitionen steigen aber auch im Verwaltungsvermögen massiv an. Hier muss man genau hinschauen. In Panik verfallen muss man nicht, es braucht eine langfristige Steuerung. Investitionen muss man nicht vom einen auf das andere Jahr, sondern langfristig*

steuern. Es ist also kein Schreckensszenario, es braucht aber eine genauere Betrachtung, denn der Anstieg ist massiv. Er ist auch ein Ausdruck der wachsenden Stadt, von den Aufgaben über Volksbeschlüsse und Initiativen hin zu Aufträgen. Denn auch Sie wollen, dass wir die Stadt gestalten. Der grösste Teil des Budgets wird durch Aufträge bestimmt, die nicht direkt vom Stadtrat kommen. Wir schauen dieser Ratsdebatte mit Gelassenheit entgegen und werden uns dort äussern, wo wir es für nötig befinden.

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum FAP und zum Änderungsantrag FAP:

Sven Sobernheim (GLP): *Eine Mehrheit der RPK beantragt, dass man den Finanz- und Aufgabenplan (FAP) wie vom Stadtrat ausgearbeitet zur Kenntnis nimmt. Er beinhaltet alles von Sukkulenten bis zu Wasserpflanzen und ist anzunehmen.*

Johann Widmer (SVP): *Wenn man den FAP als Sonderfall bezeichnen würde, wäre das eine Verharmlosung der Realität. Ich zitiere jeweils aus dem FAP und repliziere aus liberaler und SVP-Sicht. Unter «Strategisches Ziel» steht: «Die Stadt Zürich hat langfristig stabile Finanzen.» Diese Aussage ist ein Hohn, wenn man das Verhalten der politischen Mehrheit anschaut, die dieses Ziel nicht erreichen wird. Das Verhalten ist nicht auf stabile Finanzen ausgelegt. Die Risiken werden massiv unterschätzt. Unter «Finanzpolitische Grundsätze» steht: «Die städtische Finanzpolitik steht im Dienste der wirtschaftlichen, sozialen sowie ökologischen Zielsetzungen der Stadt Zürich und des Ziels, dass Zürich für alle Anspruchsgruppen eine lebenswerte Stadt ist und bleibt.» Der Motor der Wohlstandsbildung ist immer noch die Wirtschaft. Sie wird im Vergleich zu den beiden anderen Zielsetzungen stark vernachlässigt. Vor allem die wahnhaft verfolgten Ziele in den Bereichen Ökologie und Klima kosten unheimliche Summen. In den nächsten zwanzig Jahren sind es etwa 12 Milliarden Franken. Die Sozialindustrie wird ebenfalls massiv finanziert. Somit steht die Finanzpolitik nicht allen Anspruchsgruppen gleichermaßen zur Verfügung. Weiter geht es mit: «Sie trägt damit zu attraktiven Rahmenbedingungen für Bevölkerung sowie Wirtschaft bei, sichert städtische Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Umwelt, Kultur, Sicherheit, Soziales usw.) und unterstützt die Klimaziele mit den Massnahmen für Netto-Null bis 2040.» Attraktive Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und Bevölkerung sehen anders aus, beispielsweise wären es Steuersenkungen. Die Klimaziele sind einem Wahn geschuldet und stellen keine attraktiven Rahmenbedingungen dar. Sie erlangten nur eine teure und überdimensionale Bedeutung. «Mit seiner Finanzpolitik strebt der Stadtrat an, dass bestehende Investitionen unterhalten und im Wert erhalten bleiben sowie Investitionen in neue Infrastrukturen finanziert werden können.» Dass bestehende Infrastrukturen gepflegt werden müssen, ist klar. Dass aber neue Investitionen zu übersteuerten Preisen gebaut werden, ist unverständlich. Überall gibt es den «Züri-Finish», aufgrund von mangelhaften Projektleitungen und schlecht ausgehandelten Einkaufsbedingungen wird teuer gebaut. Unter «Finanzpolitische Richtwerte» steht: «Der Stadtrat strebt den mittelfristigen Ausgleich von Aufwand und Ertrag an. Er setzt sich für einen haushälterischen Einsatz der Mittel ein.» Das ist schlichtweg nicht die Realität. Ein Politiker kann das nicht erfüllen, er ist kein Volksvertreter mehr. Sonst würde er mit dem ihm anvertrauten Steuergeld tatsächlich haushälterisch umgehen. Die explodierenden Budgets der letzten Jahre widersprechen dieser Aussage fundamental. «Der Stadtrat richtet seine Steuerpolitik auf das Volumen [...] der städtischen Aufgaben [...] aus.» Im Klartext heisst das, dass alles zur Staatsaufgabe erklärt, was von der Sozial-, Schul- und Wohnindustrie sowie dem Klimawahn gefordert wird. Finanziert wird es durch Steuererhöhungen und neue Gebühren. Die Parkplatzgebühren machen den Anfang. Der Gemeinderat bestellt weitere Ausgaben. Der Souverän wird durch die Aussagen im FAP hinters Licht geführt und kann die Konsequenzen nicht sehen, weil man sie ihm verschweigt und weil niemand das Ganze liest. Unsere Kinder*

werden einen finanzpolitischen Scherbenhaufen erleben und bei besten klimatischen Verhältnissen über Generationen Verfehlungen abzahlen müssen. Auch die «Letzte Generation» wird einmal feststellen, dass sie nicht die letzten sind, sondern massiv zur Kasse gebeten werden. Unser Fazit ist es, den FAP ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Das auf diesen Grundlagen beruhende Budget ist auch nicht sinnvoll. Die linksgrünen Politiker tragen die Verantwortung für diese jahrelangen Fehlleistungen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): Grundsätzlich ist ein FAP eine Vorschau auf die Pläne des Stadtrats – Pläne muss man lesen können. Wir haben einen Rückgang des zweckfreien Eigenkapitals um 1,3 Milliarden Franken in den nächsten fünf Planjahren. Das Fremdkapital steigt auf 14 Milliarden Franken an. Das könnte beängstigend sein, man muss es aber richtig lesen. Schaut man, was im FAP im Jahr 2019 für das Jahr 2023 vorausgesagt wurde, dann sieht man, dass das Eigenkapital in der Rechnung 2023 um 1,2 Milliarden Franken besser abgeschlossen wurde. Das Fremdkapital ist nicht wie vorhergesagt um 3 Milliarden Franken angestiegen, es ist trotz der Corona-Jahre gesunken. Das liegt einerseits daran, dass die Rechnung systembedingt jährlich um 200 Millionen Franken besser abschneidet. Andererseits können nicht alle budgetierten Investitionen umgesetzt werden. Realistisch gesehen sagt der FAP also voraus, dass das Eigenkapital in etwa konstant bleibt oder leicht ansteigt, während das Fremdkapital auf 9–11 Milliarden Franken, nicht aber auf 14 Milliarden Franken ansteigen wird. Zwei kapitalintensive Bereiche will ich speziell erwähnen, die mir am Herzen liegen. Das Erste ist die wirtschaftlich wichtige Energieversorgung. Wir haben einerseits die Heizwärme, die grösstenteils aufgegleist ist. Dort sind wir in der richtigen Richtung unterwegs. Mein Wunsch wäre es zu beschleunigen, wenn es dafür Möglichkeiten gibt. Kritischer sieht es bei der elektrischen Energie aus. Wir haben das nationale Problem, dass die Atomenergie wegfallen wird und gleichzeitig haben wir die städtische Frage, ob wir die Wasserkonzessionen erneuern können. Die geplanten Investitionen werden das Wegfallende in etwa kompensieren. Problematisch ist aber, dass der Grossteil der Investitionen im Ausland ist. Fehlende Stromtrassen in den Nachbarländern führen dazu, dass die Investitionen zwar das gesamteuropäische Stromnetz stabilisieren, jedoch kaum zur lokalen Versorgungssicherheit beitragen werden, weil wir den Strom nicht in die Schweiz bringen. Darum ist entscheidend, dass das ewz weiterhin bemüht ist, die einheimische Stromproduktion zu fördern, auch in der Stadt. Ich bin mir sicher, dass die ewz-Mitarbeitenden motiviert und bemüht sind, das umzusetzen. Es ist wichtig, dass die Politik klar signalisiert, dass wir gewillt sind, diese Bemühungen zu unterstützen und zu würdigen. Der zweite Punkt ist das grosse Sorgenkind der Bewohner*innen: die ständig steigenden Mieten. Wer behauptet, die Lösung zu haben, lügt oder hat verhältnismässig wenig Ahnung von der Komplexität des Problems. Es gibt nicht die eine Lösung. Es braucht einen Strauss von Ansätzen. Sie werden das Problem nicht nachhaltig lösen, sondern nur mindern können, wie das in allen wachsenden Städten der Fall ist. Wir haben aber einen wichtigen Pfeil im Köcher: Die Stadt betreibt eine aktive Boden- und Immobilienpolitik. Das ist auch im traditionellen Sinn von der mittelalterlichen Allmend über die neuzeitliche Bürgergemeinde hin zu den heutigen Kommunen zu sehen. Das Vorgehen wurde von den Zürcher*innen mehrfach an der Urne bestätigt. Wir haben das klar formulierte Drittelsziel in der Gemeindeordnung. Dazu fehlen uns aktuell 8–9 Prozent. Um 1 Prozent im Wohnungsmarkt zu bewegen, ist ein Kapitaleinsatz von 2–3 Milliarden Franken notwendig. Mit den 0,5 Milliarden Franken in Budget und FAP würde es drei bis sechs Jahre dauern, um 1 Prozent zu bewegen, wenn die Stadt nicht wächst. Mit dem Wachstum wird es etwa doppelt bis dreimal so lange gehen. Wenn wir etwas für die Menschen in der Stadt erreichen wollen, dann sind die 0,5 Milliarden Franken das absolute Minimum. Eine klare Steigerung dieser Investitionen ist notwendig. Die Massnah-

men kosten die Steuerzahler*innen am Ende des Tages keinen einzigen Franken. Abschreibungen, der Unterhalt und die Zinskosten werden vollumfänglich von der Mieterschaft getragen. Die Stadt profitiert davon, dass die Schulden aufgrund der Teuerung abgetragen werden, ohne dass sie dafür einen Franken investieren muss. Nebst allen Pfeilen im Köcher der Stadt zur Linderung der Probleme mit den überhöhten Mietzinsen, ist der Erwerb von Boden und Liegenschaften langfristig die günstigste Massnahme.

Përparim Avdili (FDP): Dr. Florian Blättler (SP) hat uns schön die Welt erklärt. Das kann er, wie er auch das Budget und den FAP schönreden kann, weil er weiss, dass die Steuereinnahmen sprudeln. Wir haben eine starke Privatwirtschaft, die Wertschöpfung kreiert, was zu zusätzlichen Mehreinnahmen führen kann, wie wir immer in den Budgetbüchern sehen. So kann er uns locker und entspannt erklären, wie man den Staat weiter unnötig aufblähen kann. Mit vielen Einzelanträgen werden wir heute und morgen aufzeigen, wo dies unnötig passiert. Die FDP steht hinter den Investitionen in die Infrastruktur, in den Ausbau von erneuerbaren Energien, in den öffentlichen Verkehr und in viele weitere Infrastruktur-Projekte, die unsere Stadt braucht, seien es Erneuerungen, Weiterentwicklungen oder Investitionen in die Zukunftsfähigkeit. Der FAP ist ein Blick in die Glaskugel und keine genaue Berechnung. Aus den vergangenen Jahren wissen wir, dass der Aufwand immer höher und die Einnahmen immer tiefer dargestellt werden. Wir wissen auch, dass man immer mit falschen Annahmen gerechnet hat. Ich will nicht unterstellen, dass das aus politischen Gründen bewusst gemacht wurde. Aber aus den vergangenen Jahren kann man schlauer werden und dies in zukünftige Prognosen einfließen lassen. Die FDP steht nicht hinter dem unnötigen Aufbau und Ausbau der langfristigen Finanz- und Verwaltungsanlagen, die schliesslich in die Aufnahme von langfristigem Fremdkapital umgewandelt werden. Fakt ist, dass wir beim langfristigen Fremdkapital gemäss FAP von 10 Milliarden auf 17 Milliarden Franken aufstocken werden, während das Eigenkapital gemäss den Prognosen auf unter 7 Milliarden Franken sinken wird. Das macht man, weil es einerseits die notwendigen Investitionen braucht. Aber man macht es auch unnötigerweise wie beispielsweise beim Zukauf von Liegenschaften. 500 Millionen Franken werden jährlich eingesetzt. Wenn es nach dem Stadtrat gegangen wäre, hätten wir 1 Milliarde Franken mehr beim Kauf des Uetlihofs eingesetzt. Zum Glück ist das nicht passiert. Heute sehen wir, dass das ein Fehler gewesen wäre, nicht nur wegen der Immobilie selbst, sondern auch wegen der finanziellen Lage und Situation der Stadt. Es ist nicht bequem, wenn 17 Milliarden Franken Fremdkapital angehäuft werden. Florian Utz (SP) schreibt in der Medienmitteilung «endlich mehr bezahlbarer Wohnraum». Dreissig Jahre seid ihr bereits an der Macht. Was habt ihr in dieser Zeit gemacht? Offensichtlich habt ihr versagt, wenn wir «endlich mehr Wohnraum» brauchen und eure Rezepte nicht zum Erfolg führten. Wir sind bereit zu übernehmen, denn wir bringen Lösungen, wie dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden kann. Die Medienmitteilung zur Erreichung des sogenannten Drittelsziels zeigt auf, dass sich einerseits die Zahl nicht verändert hat. Die eingesetzten Milliarden Franken sind verpufft. Andererseits zeigt sie auf, dass bei einer richtigen Berechnung bereits heute ein Drittel der Menschen in gemeinnützigen Wohnungen wohnen. Ich bin mir sicher: Wenn der gemeinnützig eingesetzte Teil richtig verteilt würde, dann würden die Richtigen davon profitieren und das Wohnproblem wäre sehr viel kleiner. Aufgrund des zunehmenden Schuldenbergs und der Fahrt in Richtung Gewitter werden wir den FAP ablehnen.

Tanja Maag (AL): Die systemimmanente Abweichung zwischen Budget und Rechnung nehmen wir in Kauf. Wir haben grundsätzlich keinen Verdacht, dass das Budget absichtlich aufgeblasen wird, um den Rechnungsabschluss besser aussehen zu lassen. Das Budget soll unvorhergesehene Aufgaben und Reserven berücksichtigen, um der Stadt Flexibilität zu geben. Zürich hat für das Jahr 2025 eine sehr gute finanzielle Ausgangslage. Das zweckfreie Eigenkapital wird sich geringfügig verändern. Es reduziert sich,

hört sich aber viel bedrohlicher an als der budgetierte Zielwert von 2,1 Milliarden Franken. Die Herausforderungen in den wichtigen Kernfeldern Wohnbau, Klimaschutz, Infrastruktur und Tagesschule sind wichtig und mit der jetzigen Ausgangslage zu stemmen. Der Aufwand in menschliche Ressourcen, der Leistungsausbau im Betreuungsbereich der Tagesschule, aber auch Beiträge im Asylbereich und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum – das lohnt sich. Es kostet etwas, aber erzielt langfristig einen Mehrwert, der in der Bilanz nicht direkt ersichtlich, für die Stadt aber von Nutzen ist. Im FAP akzentuiert sich der Investitionsbedarf über die nächsten Planjahre. Es wurde darauf hingewiesen, dass der aus der Erfolgsrechnung generierte Geldfluss die Investitionen nur teilweise oder zu einem geringen Teil finanzieren kann. Die erforderlichen Mittel sind als Fremdkapital am Kapitalmarkt zu beschaffen, was zu einer stärkeren Abhängigkeit von der Konjunktur- und Zinsentwicklung führt. Das braucht Wachsamkeit und situative Entscheidungen. Investitionen sind Aufwendungen, die später einen Nutzen bringen und zum Beispiel im Feld der Eigenwirtschaftsbetriebe Erträge generieren.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Der FAP stösst einem bitter auf. Schön wurde von den 14 Milliarden Franken Fremdkapital gesprochen, das noch steigen soll. Fremdkapital entspricht Schulden und Schulden muss man verzinsen. Heute haben wir tiefere Zinsen, davon sollte man sich nicht blenden lassen. Vor zwei Jahren stiegen die Zinsen mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine massiv an. Jetzt sind sie wieder etwas tiefer. Das heisst nicht, dass das langfristig so bleiben wird. Man kann heute langfristiges Kapital zu günstigen Zinsen aufnehmen. Aber man kann es nicht sehr lange aufnehmen. Wenn die Zinsen später wieder ansteigen, dann steht Zürich mit einem solchen Plan sehr schlecht in der Landschaft. Ich beurteile die geopolitische Lage pessimistisch und warne vor dieser Verschuldung. Die Rechnungen sehen immer besser als das Budget aus. Das mag in der Vergangenheit so gewesen sein. Man muss aber in die Zukunft schauen und sich fragen, ob es immer so sein wird und ob die Steuereinnahmen immer so sprudeln werden. Wenn es die Stadt geschafft hat, gute Steuerzahler mit ihrer Politik zu vertreiben, dann sprudeln die Einnahmen nicht mehr. Der FAP ist ein Kompass Richtung Abgrund.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 18. Dezember 2024 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

4074. 2024/421

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2025

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2025 werden genehmigt.
b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2025 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 40 668 000.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2025 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2025 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2025, Vorlage des Stadtrats vom 11.09.2024
- Novemberbrief vom 06.11.2024
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 02.12.2024
- Anträge der RPK vom 02.12.2024, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4067/2024–4073/2024)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen zum Eintreten siehe GR Nr. 2024/418, Beschluss-Nr. 4066/2024

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b:

Sven Sobernheim (GLP): *Eine Mehrheit sieht das Budget so, wie es zu erwarten ist, und stellt in Aussicht zuzustimmen – was das vor der Detailberatung immer etwas absurd klingt.*

Johann Widmer (SVP): *Seit Grün-Links in der Regierungsverantwortung ist, explodieren die Budgets. Es sind jedes Jahr 100–200 Millionen Franken mehr. Selbstverständlich ist das dem geschuldet, dass viel investiert wird. Dagegen haben wir nichts. Meist ist das aber zu teuer und nicht im Einklang mit einer vernünftigen Finanzpolitik. In den letzten zwei bis drei Jahren sprangen die Budgets mit bis zu 800 Millionen Franken zusätzlich pro Jahr sprunghaft in die Höhe. Für uns ist das eine entfesselte Ausgabenpolitik, die wir nicht mittragen können. Das Budget ist eine üble Geschichte. Dahinter verstecken sich Ausgaben für alle mögliche Klientel, die ihr finanzieren wollt. Es geht nicht um das Wohl der gesamten Bevölkerung oder die Schaffung von Wohlstand für alle. Ihr verspricht günstigen Wohnraum, aber sagt nie, worum es geht. Das ist auch bei diesem Budget der Fall, in dem ihr für viele Millionen Franken Rücklagen für bezahlbaren Wohnraum einstellt. Das geht nicht, denn das bezahlen alle Steuerzahler zusammen für wenige Nutzniesser. Auch gibt es immer wieder spezielle Dinge wie «E-Cargo» oder Klimaschutzmassnahmen, bei denen nicht klar ist, was hinter dem Begriff versteckt ist. Ich warte beispielsweise bis heute auf eine Liste, was mit den 130 Millionen Franken geschieht, die vom Volk bewilligt wurden. Das Budget bildet ein verantwortungsloses Treiben ab, weshalb wir es ablehnen. Zu gewissen Schlüsselanträgen werden wir Stellung nehmen. Alle sonstigen Verschlechterungen werden wir ablehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

Përparim Avdili (FDP): *In der Kommission enthielt sich die FDP wie jedes Jahr bei dieser Abstimmung. Es ist nicht unser Budget, wir würden es anders gestalten. Wir haben nicht den Anspruch, das Budget im Grundsatz zu korrigieren. Es müsste zurückgewiesen und von Grund auf besser gemacht werden. Nichtsdestotrotz arbeiten wir konstruktiv mit und zeigen mit konkreten Anträgen, wo man zentrale Punkte verbessern kann. Damit soll das Budget einen Mehrwert für die Einwohnerinnen und Einwohner und eine Entlastung für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erreichen. Bei der Schlussabstimmung werden wir abhängig von Ihrem Stimmverhalten zustimmen oder ablehnen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Es ist surreal, was wir hier hören müssen. In der Fraktionserklärung der Grünen heisst es, Zürich sei mit angezogener Handbremse im Klima- und Wohnbereich unterwegs. In den nächsten Jahren wollen sie Kosten in der Höhe von 12 Milliarden Franken verursachen. Sie behaupten, dass das Klima mit den 12 Milliarden Franken gerettet oder zumindest beeinflusst werden könne. Machen wir einen Realitätscheck. Die ganze Schweiz ist für 0,2 Prozent des menschengemachten CO₂ verantwortlich. In der Stadt können Sie das auf den Faktor 100 rechnen. Dann sind wir bei 0,002 Prozent, für die Zürich verantwortlich ist. Vor ein paar Tagen sagte der Stadtrat, dass 85 Prozent der Emissionen indirekt seien. Somit kann man auf sie keinen Einfluss nehmen. Wenn man also die 15 Prozent rechnet, bei denen wir Einfluss nehmen können, sind wir bei 0,0003 Prozent des menschengemachten CO₂-Ausstosses. Sie behaupten, dass sie mit diesen 0,0003 Prozent das Klima retten oder zumindest beeinflussen wollen. Das Einzige, was Sie damit erreichen, ist Chaos und Leid. Ich verweise auf eine*

Studie des Mieterverbands, der von einem AL-Politiker geführt wird. Sie hält fest, dass durch Ihre Klima- und Energiepolitik 40 000 Menschen ihr Zuhause verlieren werden. Wir geben 12 Milliarden Franken aus, die wir nicht haben und 40 000 Leute müssen ihre Wohnung verlassen – bei einem Einfluss auf das Klima von 0,0003 Prozent. Das ist absurd und surreal. Mit den Sugus-Häusern machen Sie mediale Kampagnen und instrumentalisieren 200 Personen. Was ist mit den 40 000 Leuten, die wegen Ihrer Klima- und Energiepolitik in den nächsten Jahren ihr Zuhause verlieren werden? Ihre Politik ist viel schlimmer als die 200 Leute, die ihr Zuhause verlieren. Leerkündigungen werden uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Ich kann garantieren, dass die SVP Ihnen alle Leerkündigungen aufgrund Ihrer Politik unter die Nase reiben wird. Ich rede viel mit den Leuten und sehe, dass sich selbst im links-alternativen Zürich langsam die Meinung durchsetzt, dass es so nicht weitergehen kann. Die Eskalation kommt erst noch: Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, bei der in den nächsten Jahren nochmals 100 000 Leute in die Stadt einwandern sollen. Zürich steht auf wackeligen Beinen, nichts funktioniert.

Florian Utz (SP): *Die Politik und die Finanzpolitik im Besonderen müssen sich immer fragen, was die Sorgen der Menschen sind. Hört man sich die Debatte der letzten Tage auch in der Bevölkerung an, ist klar, was das Thema war. Waren es die Leerkündigungen der Sugus-Häuser, dass es zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt, der Steuerfuss oder dass die Stadt zu viel beim Klimaschutz macht? Was sind die Sorgen der Bevölkerung? Sie alle kennen die Antwort. Die Kündigungen in den Sugus-Häusern kommen nicht aus heiterem Himmel und sie sind nicht nur das Ergebnis der Aktion von Frau Bachmann. Selbstverständlich trägt Frau Bachmann die alleinige Verantwortung für das, was sie macht. Gleichzeitig ist es aber ein Problem, dass die gesetzlichen Vorgaben dieses Verhalten überhaupt ermöglichen. Wenn es die grosse Sorge der Leute ist, dass es viel zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt und dass die Sugus-Häuser leer gekündigt werden, dann müssen wir uns als Politik fragen, was wir dagegen tun können. Auf übergeordneter Ebene beim Bund können wir dafür sorgen, dass das Mietrecht nicht noch weiter abgebaut wird, wie es die bürgerliche Seite fordert. Wir können dafür sorgen, dass im Kanton durch die Wohnschutzinitiative endlich ein vernünftiger Mieterschutz stattfinden wird. Wir haben leider das Problem, dass auf der übergeordneten Ebene kein effektiver Mieterschutz stattfindet. Wir haben das Problem, dass die bürgerliche Seite lauthals bedauert und kritisiert, wie Frau Bachmann vorgeht, sich aber gleichzeitig dafür einsetzt, dass das Verhalten weiterhin zulässig bleibt. Wir müssen uns fragen, was wir hier in der Stadt machen können: Die Schaffung von mehr städtischen Wohnungen und genossenschaftlichen Wohnungen. Denn wenn eine Wohnung der Stadt oder einer Genossenschaft gehört, dann gibt es keine Leerkündigungen. Darum müssen wir dafür sorgen, dass der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen steigt und nicht sinkt. Wenn Pärparim Avdili (FDP) uns dafür kritisiert, dass der Anteil in den letzten Jahren gesunken ist, dann ist es eine Frage der Ehrlichkeit, dass man nicht sagt, dass alles super sei. Zur Wahrheit gehört, dass der Stadtrat in allen anderen Bereichen hervorragende Arbeit mit sehr guten Ergebnissen leistet. Zürich hat die höchste Lebensqualität weltweit und ist eine sehr sichere Stadt mit einer hervorragend funktionierenden Verwaltung. Die Stadt macht beim Umweltschutz vorwärts und kam in den letzten Jahren auch beim Ausbau von sicheren Velorouten voran. Insgesamt haben wir in sehr vielen verschiedenen Bereichen sehr gute Ergebnisse. Gleichzeitig gehört es zur Realität, dass ein tiefer Anteil an bezahlbaren Wohnungen nicht ein Ergebnis ist, das keine Veränderungen verlangt. Auch der Stadtrat schreibt im Wohnbaubericht nicht, dass man wie bisher weitermachen soll. Ich bin froh, dass heute eine Mehrheit für einen Schritt in die richtige Richtung zustande kommt: Dem Stadtrat werden mehr Mittel zur Verfügung gestellt, um mehr Handlungsspielraum zu haben, damit er seinen Willen für mehr bezahlbare Wohnungen effektiv umsetzen kann. Ich hätte mir gewünscht, dass wir einen grösseren Schritt machen, denn nach unseren Berechnungen braucht es 750–800 Millionen Franken. Für die betroffenen Mieterinnen und Mieter ist aber jeder Schritt wichtig.*

Përparim Avdili (FDP): Ich kann die Krokodilstränen der linken Seite zu den Sugus-Häuschen nicht ernst nehmen, wenn man im gleichen politischen Zug auf dem Neugass-Areal im selben Quartier 250 gemeinnützige Wohnungen verhindert hat. Ihr habt das verhindert und spielt euch jetzt als die grossen Retter dieser 100 Personen auf, die ihre Wohnungen verlieren. Diese Leerkündigungen, die Art und Weise und die Kommunikation finden auch wir daneben. Das hätte besser gemacht werden können. Von der linken Seite kann ich das aber nicht ernst nehmen, wenn man genau weiss, wie viele Wohnungen verhindert wurden. Man könnte Dutzende Liegenschaften und Tausende Wohnungen aufzählen, die aktiv verhindert werden. Leerkündigungen gibt es auch bei Genossenschaften, ein Beispiel dafür ist die Baugenossenschaft Turicum. Es wurde gesagt, dass die Stadträte in allen Departementen insgesamt gute Arbeit geleistet hätten. Ich kann nicht bestätigen, dass das in allen Departementen der Fall ist, aber in einzelnen Departementen ist das sicher so. Ich bestätige, dass der Stadtrat in der Wohnbaupolitik offenbar versagt hat, weil er eure Rezepte verfolgt. Das bestätigt auch STR Daniel Leupi: Er betreibt eine Politik auf Bestellung des Parlaments mit rot-grüner Mehrheit. Die FDP will mehr kompromissfähige Politik, darum braucht es mehr FDP im Parlament.

Johann Widmer (SVP): Diese bezahlbaren Wohnungen sind Augenwischerei. Alle Steuerzahler finanzieren diese Wohnungen für ein paar wenige Parteifunktionäre auf links-grüner Seite. Das sind Fakten. Ich habe schon lange kein Vertrauen mehr in eure Politik. Ihr könnt ins ehemalige Ostdeutschland schauen, um zu wissen, was hier geschehen wird, wenn euch in Zürich alle Wohnungen gehören.

Florian Utz (SP): Das Votum von Përparim Avdili (FDP) war schwierig und braucht einen klaren Widerspruch. Das Neugass-Areal war ein Volksentscheid. Ihr könnt das Volk kritisieren, konstruktiv ist das nicht. Viel entscheidender ist der Punkt zu den Sugus-Häusern. Es sind Häuser, nicht «Häuschen». Diese Formulierung finde ich nicht respektvoll gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern, die ihr Zuhause verlieren. Es sind auch nicht 100, sondern 250 Leute. Das Drittelsziel ist nach eurer Berechnung bereits erreicht, weil ihr die Leute zählen wollt und nicht die Wohnungen, wie es in der Gemeindeordnung festgehalten ist. Es ist interessant, dass eine Seite offensichtlich mehr bezahlbare Wohnungen schaffen will, während die andere Seite zu Buchhaltungstricks greifen und nicht die vom Volk vorgegebene Berechnungsgrundlage anwenden will. Das Volk braucht keine Taschenspielertricks, sondern bezahlbare Wohnungen. Die FDP kritisiert nur die Kommunikation von Frau Bachmann. Das ist nicht das Problem der Leute in den Sugus-Häusern. Das Problem ist, dass sie ihre Wohnungen verlieren. Nicht wir vergiessen Krokodilstränen, sondern ihr, wenn ihr auf Kantons- und Bundesebene dafür kämpft, dass solche Leerkündigungen noch einfacher möglicher werden als heute. Gleichzeitig kritisiert ihr, dass es Leerkündigungen gibt. Es braucht eine kohärente Haltung: Entweder findet man diese Leerkündigungen inakzeptabel und geht dagegen vor oder man findet diese Leerkündigungen gut, dann sollte man dazu stehen.

Samuel Balsiger (SVP): Rot-Grün ist seit dreissig Jahren in der Verantwortung in der Stadt. Sie haben im Parlament und im Stadtrat die absolute Mehrheit. Jetzt lesen wir in der Medienmitteilung und Fraktionserklärung der SP, dass sie auf etwas Revolutionäres gestossen sei. Sie entdeckte eine Botschaft für sich: «Höchste Zeit für mehr bezahlbare Wohnungen». Kurz bevor wir in die Gemeinderatswahlen gehen, ist es höchste Zeit für mehr bezahlbare Wohnungen. Dass Sie seit 30 Jahren in der Verantwortung sind, blenden Sie aus. Seit wir den Irrsinn haben, dass wir unsere Grenzen gegenüber der EU geöffnet haben und 1,5 Millionen Leute ins Land gedrängt sind, sind die Preise in der Stadt auf dem freien Markt um 43 Prozent angestiegen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, die Sie zu verantworten haben. Wo sind die günstigen Wohnungen? Die Zahlen zeigen,

dass Sie versagen. Als Gegenreaktion auf Ihr Versagen wollen Sie noch mehr Geld investieren. Sie wollen noch mehr Preistreiberin auf dem Wohnungsmarkt sein und Wohnungen aufkaufen und dem freien Markt entziehen. Wenn weiterhin 6000 Menschen pro Jahr in die Stadt drängen, dann wird die Entwicklung so weitergehen. Der Alt-Stadtrat Martin Vollenwyder hat ausgerechnet, dass das Drittelsziel 15 Milliarden Franken kosten wird. Das ist nicht bezahlbar. Sie können nicht 12 Milliarden Franken in ein unsinniges Klimaprojekt investieren, auf das sie 0,0003 Prozent Einfluss haben. Und im Wohnungsmarkt wollen Sie 15 Milliarden Franken ausgeben. Warum sind wir nicht ehrlich und sagen, dass das Hauptproblem nicht steuerbar ist, weil es die masslose Zuwanderung auf Bundesebene ist? Wenn man die masslose Zuwanderung endlich beendet, wird das Problem auch in Zürich gelöst. Sie sagten, dass das Problem bei den Sugus-Häusern nicht die Kommunikation sei, sondern dass 250 Personen die Wohnungen verlieren. Die Studie des Mieterverbands sagt, dass durch Ihre Politik 40 000 Haushalte eine Leerkündigung erhalten werden. Warum sagen Sie dazu nichts? Warum äussern Sie sich zu 250 tragischen Fällen und schweigen zu 40 000 Fällen? Das ist unehrliche Politik. Sie haben an keinem Ort Erfolg, seien es die Velowege oder die Sicherheit; alles geht bergab.

Tanja Maag (AL): Samuel Balsiger (SVP) hat in seiner Weisheit den Wahlslogan der SP durchschaut. Und ich glaube, wir haben den Wahlslogan der SVP erkannt. Geht es wohl um die Masseneinwanderung? Wenn ja, dann ist jetzt gut. Du musst das heute und morgen Abend nicht tausendmal wiederholen und die Redezeit überschreiten.

Dr. Florian Blättler (SP): Erstens kostet das am Ende keinen einzigen Steuerfranken. Zinsen, Unterhalt und Abschreibungen werden komplett durch die Mieterschaft getragen. Am Ende bleibt die Verschuldung. Sie löst sich auf oder wird kleiner, indem wir eine Teuerung haben. Es sind ein bis zwei Prozent pro Jahr. Das ist das Einzige, was am Ende übrig bleibt. Aber die gesamten Kosten sind weg. Der zweite Punkt sind steigende Mietzinsen. Sie sind weltweit in jeder wachsenden Stadt ein Problem. Es spielt keine Rolle, wo die Städte sind, sei es Amerika, Europa oder Afrika. Eine der Städte mit dem grössten Zuwachs bei den Mietpreisen ist Lagos in Nigeria. Dort herrscht definitiv kein Zuwanderungs- sondern ein rein nationales Problem. Städte haben dieses Problem. Ein Mechanismus wird das Problem nicht lösen; wir brauchen einen Strauss, um uns dem Problem annehmen zu können. Eine aktive Boden- und Immobilienpolitik ist ein wichtiger Punkt, dem wir nachgehen müssen.

Beschlüsse:

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 001.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): Für die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist klar, dass die 500 offenen Stellen so schnell wie möglich besetzt werden. Wir haben bei der Polizei einen Unterbestand von rund 100 Stellen, das finden wir nicht gut. Gleichzeitig wird ein Anteil der Stellen nächstes Jahr leider nicht besetzt werden können. Die Mehrheit beantragt daher, dies im Budget durch einen Pauschalabzug von 20 Millionen Franken zu widerspiegeln. Eine Minderheit beantragt, 50 Millionen Franken abzuziehen. Das finden wir zu hoch. Es würde bedeuten, dass man die 500 Stellen nicht besetzen soll.

Martin Bürki (FDP): Es gibt viele offene Stellen. Nicht alle können besetzt werden. Anfang 2025 wird es bis zu 1000 offene Stellen geben. Darum macht ein Pauschalabzug Sinn. Die FDP brachte das auch in den Vorjahren ein und erreichte mit den 50 Millionen Franken eine gute Punktlandung. Verschiedene Zahlen gingen herum; Ende August 2024 waren es noch über 500 offene Stellen. Bei der Lesung des Budgets fragten wir nach: Ende November 2024 waren es 262 offene Stellen. Darum ist uns klar, dass der Pauschalabzug von 50 Millionen Franken zu hoch ist. Die Minderheit 1 ändert den Betrag auf 30 Millionen Franken, was besser mit den aktuellen Zahlen übereinstimmt.

Tanja Maag (AL): Es ist ein «Jährlich grüsst das Murmeltier» Antrag. Einzig die Zahlen ändern sich. Dieses Jahr ändert sich die Position der Grünen, die den Pauschalantrag letztes Jahr unterstützt haben und heute in der Minderheit 2 sind. Es ist eine Frage der Wahrheitssuche und der Prognose, wie viele Stellen wohl nicht oder erst mit einer Verzögerung im Folgejahr besetzt werden können. Das ist ein Blick in die Kristallkugel. Wir bleiben der Ansicht, dass die im Stellenplan hinterlegten Werte in den Dienstabteilungen budgetiert werden sollen. Für diese Stellen sollen die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Der letzte Satz des AL-Votums hat mich überrascht. Die Stellen bleiben in den Dienstabteilungen budgetiert. Darum ist es ein Pauschalabzug in der Gesamtverwaltung für die Stellen, die technisch nicht besetzt werden können. Wir von der GLP sagten immer, dass wir uns die Grössenordnung von 20 bis 30 Millionen Franken vorstellen können. Die FDP ist runtergegangen, daher wechseln wir zu den 30 Millionen Franken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat erachtet das Instrument des Pauschalabzugs als etwas Zufälliges. Es gehört zum System eines Budgets, dass wir alles, das möglicherweise kommen kann, einstellen. Wieso machen Sie das nicht an einem anderen Ort? Jahrelang hat der Gemeinderat das nicht gemacht und wir waren froh darum. Wir sind aber froh, dass wir nicht eine Diskussion wie im Kantonsrat haben. Wir erachten den Abzug von 20 Millionen Franken als vertretbar, weshalb ich mich bereits letztes Jahr nicht gross dagegen gewehrt habe. Im Sommer 2024 waren es noch über 500 unbesetzte Stellen, jetzt sind es 300. Das zeigt, wie schnell es gehen kann. Wir haben das eingestellt, was besetzt werden soll. Keine Stelle wird auf Vorrat besetzt. Deshalb hält der Stadtrat grundsätzlich am Budgetbetrag fest, kann aber mit dem Pauschalabzug leben.

S. 135		10		BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
		1060		Gesamtverwaltung			
		3010 00 203		Pauschalabzug nicht besetzte Stellen			
				Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat					0	Minderheit 2
				20 000 000		-20 000 000	Mehrheit
							Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
							Florian Utz (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Barbara Wiesmann (SP)

30 000 000	-30 000 000	Minderheit 1	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
Begründung: Mehrheit: Offene Stellen sollen nach Möglichkeit besetzt werden; gleichwohl ist absehbar, dass die Ausgaben um mindestens 20 Millionen Franken unter den budgetierten Werten liegen. Minderheit 1: Per 30.11.2024 gibt es 262 unbesetzte Stellen. Im Budget 2025 sollen 707 neue Stellen geschaffen werden. Die hohe Anzahl unbesetzter Stellen per Jahresanfang 2025 gibt Raum für einen Pauschalabzug von 30 Millionen Franken.			

Martin Bürki (FDP) beantragt für den Antrag der Minderheit 1 neu eine Kürzung um 30 000 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(0)	25 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-20 000 000)	37 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-30 000 000)	<u>56 Stimmen</u>
Total		118 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 002. bis 006. (Postulat GR Nr. 2024/539)

Sven Sobernheim (GLP) begründet den Antrag der Mehrheit, zieht diesen zurück und begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4002/2024): Mit der Änderung des Personalrechts wollte der Gemeinderat die zentralen und dezentralen Fringe Benefits vereinheitlichen. Die Idee war, dass alle städtischen Angestellten gleich behandelt werden und die gleichen Leistungen oder zumindest den gleichen Wert und Umfang erhalten sollen. Der Wunsch der Mehrheit war es, dass diese Zentralisierung im Budget dargestellt wird. Im letzten Moment hat der Stadtrat interveniert und wir haben eingesehen, dass die zentrale Budgetierung dieser Werte nicht möglich ist – aus rechtlichen Gründen und weil es zu einem grösseren Umbuchungsproblem führen würde. Wir ziehen die Anträge daher zurück. Das Postulat halten wir aufrecht, da es das Problem transparent machen will. Uns ist noch immer nicht klar, wie die zentralen Fringe Benefits in den Dienstabteilungen so unterschiedlich gelebt werden können. Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) hat die Annahme getroffen, dass 50 Prozent das Velo nehmen und 50 Prozent Reka-Rail-Checks. Die Lunch-Checks sind auf dem Konto 3042 00 000, die Velos auf dem Konto 3099 00 000 und die Reka-Rail-Checks auf dem Konto 3049 00 000. Die einen Sachen müssen versteuert werden, die anderen nicht. Es lief ein wenig chaotisch

und wird sich hoffentlich im nächsten Jahr bereinigen. Das Schulamt ging davon aus, dass alle Reka-Rail-Checks nehmen und hat alles auf dem Konto 3099 00 000 verbucht. Wir haben weitere zentrale Fringe Benefits: Neben dem Mobilitätsbeitrag und der Verpflegung hat der Stadtrat die Möglichkeit, bei Kultur- und Sportveranstaltungen zentral einen reduzierten Eintritt für städtische Angestellte zu gewähren. Merken Sie sich das: Es ist ein zentraler Fringe Benefit. Daneben haben wir auch dezentrale Fringe Benefits. Jedes Departement oder jede Dienstabteilung kann selbst entscheiden, wie sie das machen. Ein paar dieser Verordnungen haben wir publiziert gesehen. Letzte Woche war es das Schul- und Sportdepartement (SSD). Wie erwartet, reduziert es den Eintritt für seine Sportanlagen. Die dezentralen Fringe Benefits könnte man für günstigere Medikamente für städtische Angestellte im Stadtspital, für den Skitag des Elektrizitätswerks (ewz) im Bündnerland oder, wenn man keine andere Idee hat, für den Eintritt in den Zoo Zürich nutzen. Es kam anders, als es der Stadtrat angekündigt hatte. Im Departement der Industriellen Betriebe (DIB) oder im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) haben wir beispielsweise Sportabonnemente. Mit den dezentralen Fringe Benefits sollen also Sportabos ermöglicht werden, was eigentlich bereits ein zentraler Fringe Benefit wäre. Im ewz erhalten die Mitarbeitenden Multi-Brand-Gutscheine im Wert von 150 Franken. Ich hoffe sehr, dass das Postulat eine Mehrheit findet. Wir brauchen eine Übersicht, was mit den zentralen und dezentralen Fringe Benefits läuft. Mein Bauchgefühl ist, dass 80 Prozent der städtischen Angestellten 150 Franken ausbezahlt erhalten, sei es als Lohnbestandteil, als Galaxus-Gutschein oder als Sportabo. Wir sind erst am Anfang von diesem Prozess und es ist offensichtlich, dass Chaos herrscht. Dass es Bereinigungsbedarf gibt, sieht man daran, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Ich habe volles Verständnis dafür, dass die RPK und das Gesamtparlament wissen wollen, wie das neue Instrument umgesetzt wird. Das Chaos war wohl mehr in den Köpfen der GLP, wie man zu dieser Transparenz kommt. Es nützt nichts, wenn du wissen willst, was dezentral läuft, es aber zentral budgetieren willst. Damit hat das nichts zu tun. Wir sind gerne bereit, einen Bericht abzuliefern. Ich bin selbst etwas gespannt, wie das umgesetzt wird. Aber ein Zusammentragen von etwas, das teilweise immer dezentral budgetiert wurde, schafft keine Transparenz. Ich bin etwas erschüttert, dass einem so erfahrenen RPK-Politiker nicht klar ist, dass das nicht das Mittel ist, um Transparenz zu schaffen. Das sagt etwas über die Kosten, aber nicht über die Verwendung aus. Ich wehre mich dagegen, dass wir im letzten Moment informiert hätten. Von Anfang an haben wir gesagt, dass das nicht der richtige Weg ist. Man nahm willkürlich etwas, das auf einzelnen Konten der Dienstabteilungen budgetiert wird und nicht mit den Lohnmassnahmen verglichen werden kann. Der Weg des Postulats ist der richtige. Wir werden Bericht erstatten, allenfalls mit Schlussfolgerungen, wenn Anpassungen nötig sind. Dann werden wir mit der RPK diskutieren können. Etwas zusammenzufassen, das sonst nirgendwo gemacht wird und den Vorgaben des Kantons widerspricht, ist nicht der richtige Weg. Ich bin froh, dass die vier Anträge zurückgezogen werden.

S. 135	10 1060 3049 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Übrige Zulagen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat				3 641 700 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)

1 000 000 4 641 700 Mehrheit Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Antrag 003.

Wortmeldungen siehe Antrag 002.

S. -		10 3049 00 000		BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Übrige Zulagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen	
003.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag			Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)	
		573 500			Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)	

Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.

3049 00 000 Übrige Zulagen					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2080	Organisation und Informatik	970 500	0	70 500	900 000
2520	Stadtpolizei	7 595 800	0	100 000	7 495 800
2550	Schutz & Rettung	4 028 100	0	45 000	3 983 100
3535	Entsorgung + Recycling, Abwasser	711 400	0	62 000	649 400
3550	Entsorgung + Recycling, Abfall	898 600	0	70 000	828 600
3560	Entsorgung + Recycling, Stadtreinigung	998 800	0	76 000	922 800
5550	Soziale Dienste	530 000	0	150 000	380 000
	Total	15 733 200	0	573 500	15 159 700

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Antrag 004.

Wortmeldungen siehe Antrag 002.

S. 135	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3099 00 000	Übriger Personalaufwand			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat			1 150 000	Minderheit
			8 500 000	9 650 000	Mehrheit

Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Antrag 005.

Wortmeldungen siehe Antrag 002.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3099 00 000	Übriger Personalaufwand			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag			Minderheit
		4 647 000			Mehrheit

Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.

3099 00 000 Übriger Personalaufwand					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2050	Human Resources Management	548 700	0	81 000	467 700
2520	Stadtpolizei	1 957 400	0	1 000 000	957 400
2550	Schutz & Rettung	975 900	0	403 000	572 900
3515	Tiefbauamt	520 900	0	220 000	300 900
5010	Schulamt	4 830 200	0	2 175 000	2 655 200

5550	Soziale Dienste	705 000	0	450 000	255 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	682 400	0	318 000	364 400
	Total	10 220 500	0	4 647 000	5 573 500

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

4075. 2024/539

Postulat der GLP-Fraktion vom 27.11.2024:

Bericht über den Einsatz der dezentralen Lohnnebenleistungen im Jahr 2025

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/421, Beschluss-Nr. 4074/2024, Antrag Nr. 002.

Sven Sobernheim (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4002/2024).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 007.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): *Ein besonders grosses Problem mit unbesetzten Stellen haben wir in den Bereichen mit Schichtarbeit. Das sind insbesondere die Polizei, die Verkehrsbetriebe (VBZ) und Pflegestellen in den Spitälern und Alterszentren, wo es nicht einfach ist, Personal zu rekrutieren. Gerade Angestellte in Schichtarbeit leisten oft eine schwierige und gleichzeitig sehr wichtige Arbeit für unsere Stadt. Eine Minderheit ist der Meinung, dass diese Arbeit honoriert werden soll, was auch die Rekrutierung ein Stück weit erleichtern würde. Den Antrag haben wir bewusst auf die tiefen bis mittleren Funktionsstufen 1 bis 11 eingeschränkt. Hintergrund ist die Ferienregelung. Angestellte in den Funktionsstufen 1 bis 11 haben inklusive Betriebsferientage 5,2 Wochen Ferien, wohingegen höhere Funktionsstufen 6,2 Wochen Ferien haben. Vor diesem Hintergrund erachten wir es als angemessen, Schichtarbeitende in tiefen bis mittleren Funktionsstufen mit einer Einmalzulage von 1000 Franken für ihre Arbeit zu honorieren.*

Martin Bürki (FDP): *Das Personalreglement der Stadt, in dem die Löhne festgelegt sind, ist grosszügig bemessen. Personen mit Schichtarbeit werden darin bereits entsprechend entlohnt. Eine zusätzliche Bevorzugung dieser Personen schafft andere Ungleichheiten. Was ist mit Personen mit sehr schwerer körperlicher Arbeit? Im Projekt «Hinter den Kulissen» konnten wir Kanäle reinigen, danach schmerzten unsere Rücken. Zudem ist unklar, ob bei diesem Antrag die richtigen Konten verwendet wurden.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Wir beurteilen den Vorstoss politisch anders. Was die Ratslinke vorhat, ist nicht korrekt und widerspricht dem Personalreglement. Ihr suggeriert zudem, dass die Stadt ihre Leute nicht korrekt bezahle. Wir haben klare Regeln, wie Schichtarbeit bezahlt wird. Nun sollen es 1000 Franken mehr sein. Das ist nicht gut. Man kann es aber gut erklären: Das ist Stimmenkauf für die nächsten Erneuerungswahlen. Solche Anträge werden zunehmen, und da die Schuldenbremse angesichts der Mehrheitsverhältnisse nicht greift, werden sie auch durchkommen.*

Felix Moser (Grüne): *Dieser Antrag hat uns herausgefordert. Nicht inhaltlich, denn wir sind grundsätzlich der Meinung, dass das städtische Personal gut entlohnt werden soll – erst recht für spezielle und anspruchsvolle Aufgaben wie die Schichtarbeit. Auch sehen wir, dass es in einigen Dienstabteilungen Probleme gibt. Im Grundsatz ist das alles schon im Personalreglement geregelt. Eine Einmalzulage löst das Problem nicht. Dafür braucht es andere Massnahmen. Wenn es am Geld liegt, wäre eine generelle Lohnerhöhung angebracht; wenn es an der Belastung liegt, eine andere Organisation des Arbeitsumfelds oder der Arbeitszeiten. Auch den zweiten Teil der Begründung können wir nicht nachvollziehen. Ab der Funktionsstufe 12 hat man zwar eine zusätzliche Woche Ferien, man kann aber nicht alle Überstunden verrechnen, womit sich das ausgleicht. Es ist uns nicht ganz recht, weil das Personalreglement das regelt, andererseits sehen wir den Bedarf. Wir werden den Antrag unterstützen. Eine generelle Lösung wäre aber viel besser.*

Tanja Maag (AL): *Die rund 5000 Angestellten in Schichtarbeit am Stadtspital Zürich, in den Gesundheitszentren für das Alter, bei der Stadtpolizei, bei Schutz & Rettung, bei den Städtischen Gesundheitsdiensten, beim Umwelt- und Gesundheitsschutz, bei Entsorgung + Recycling Zürich, beim Elektrizitätswerk, bei den VBZ und den Sozialen Einrichtungen und Betrieben sind systemrelevant und unverzichtbar. Ihrer Arbeit, ihrem Engagement und ihrer Bereitschaft, durch Schichtarbeit auf einiges zu verzichten, gebührt höchster Respekt und Wertschätzung. Für die Arbeit aller Angestellten der Stadt gewichtet die AL die Wirkung substanzieller Verbesserungen der Arbeitsbedingungen höher als die Verteilung von Einmalzulagen. Die strukturellen Verbesserungen sind längerfristig wirksamer. Darum haben wir eine Parlamentarische Initiative (PI) zur Erhöhung des Mindestanspruchs der Ferien von vier auf fünf Wochen eingereicht. Davon profitieren die Angestellten in den unteren Funktionsstufen. Eine Einmalzulage ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Wir könnten sie jedes Jahr sprechen, aber das ist nicht Sinn der Sache. Wir schätzen alle Arbeitsleistungen und wollen grundlegend etwas ändern. Wir wollen keine Versprechen machen, deren Umsetzung wir nicht beeinflussen können. Der aktuelle Stand ist, dass es eine rechtliche Basis für die Einmalzulage braucht. Wir als Parlament können den Antrag zwar stellen, aber wir können nicht garantieren, dass das Anliegen umgesetzt wird. Darum lehnen wir die Einmalzulage ab.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Wir hörten, dass die vielen Schichtarbeitenden im Prinzip nicht so angenehme Arbeitsplätze und keine guten Bedingungen haben. Man findet fast keine Leute. Wir denken, dass prinzipiell etwas verändert werden muss. Es braucht Arbeitsbedingungen, unter denen man Personal findet, das entsprechend bezahlt wird und genügend Ferien zugesprochen erhält. Wir sind der Meinung, dass das Problem nicht mit einer Einmalzulage von 1000 Franken gelöst werden kann, wenn die nicht so attraktiven Bedingungen bestehen bleiben. Zusätzlich finden wir die Beschränkung auf Schichtarbeitende einseitig. Es gibt viele Bereiche ohne Schichtarbeit, in denen draussen bei jedem Wetter oder unter dem Boden sehr harte Arbeit geleistet wird.*

Sven Sobernheim (GLP): Im November 2024 haben wir der Fristverlängerung für die Motion zur Einführung der 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte im Schichtbetrieb zugestimmt. Letzte Woche haben Sie eine PI für 5 Wochen Ferien für alle städtischen Angestellten eingereicht. Jetzt diskutieren wir über eine Einmalzulage für alle städtischen Angestellten im Schichtbetrieb. Ich habe langsam den Verdacht, dass Sie jedes halbe Jahr eine Idee brauchen, was wir im Personalrecht noch ändern können. Es wirkt nicht strukturiert und aufeinander abgestimmt. Sollen wir beim Pilotprojekt für die 35-Stunden-Woche die fünfte Ferienwoche und Einmalzulage noch nicht einführen, damit das Resultat nicht verfälscht wird? Oder soll die Einmalzulage zum Pilotprojekt hinzukommen, aber die fünfte Woche Ferien nicht? Oder soll das Pilotprojekt hinausgeschoben werden, um zuerst die Einmalzulage und die fünfte Ferienwoche einzuführen?

Florian Utz (SP): Ich bin ein wenig über das Votum der AL überrascht, das suggeriert, dass sich langfristige strukturelle Verbesserungen und kurzfristige Sofortmassnahmen gegenseitig ausschliessen würden. Das ist nicht der Fall. Sprechen Sie mit dem Pflegepersonal und mit den VBZ-Angestellten und fragen Sie, ob sie strukturelle Verbesserungen und eine Sofortmassnahme wollen oder ob sie nur strukturelle Verbesserungen, aber keine Sofortmassnahmen wollen. Die Antwort wird eindeutig sein.

Dr. David García Nuñez (AL): Sven Sobernheim (GLP) will Klärung und ich bringe sie. Der Stadtrat wartet seit zwei Jahren auf die Umsetzung dieses Pilotprojekts und beantragte zuletzt nochmals eine Verlängerung um ein Jahr. Selbstverständlich kann man beides haben. Das ist eine der grundlegendsten Fragen des 20. Jahrhunderts: Wie werden wir unsere Arbeitszeit umgestalten? Die Stadt sollte sich als eine der grössten Arbeitgeberinnen Gedanken darüber machen. Deshalb fordern wir beides.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Ich bin sehr froh, dass dieser populistische Antrag keine Mehrheit findet. Er verstösst gegen die Lohngleichheit. Die Mehrbelastung, die sich durch eine Tätigkeit ergibt, wird im städtischen Lohnsystem grundsätzlich berücksichtigt. Wenn Anforderungen steigen, wie wir es bei der Pflege gesehen haben, dann wird das geprüft und angepasst. Das kommt in den verschiedenen Branchen immer wieder vor. Es gibt keinen Grund, einer Gruppe einseitig etwas auszuzahlen. Im Vorfeld gab es Vergleiche mit Corona. Damals hatte man aber aussergewöhnliche Situationen und Anforderungen in der Pflege. Man muss strukturell vorgehen. Wenn schon, dann müsste die SP das für alle verlangen und nicht nur für eine Gruppe. Im Fokus sind die Funktionsstufen 1–11, obwohl die anderen bis zu 42 Überstunden pro Jahr abschreiben lassen müssen.

S. 135		10		BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
		1060		Gesamtverwaltung				
		3049 00 000		Übrige Zulagen				
				Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
007.	Antrag Stadtrat					3 641 700	Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
					5 015 000	8 656 700	Minderheit	Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Enthaltung Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)

Begründung: Einmalzulage von Fr. 1000 für das städtische Personal mit Schichtarbeit in den Funktionsstufen 1 bis 11 (soweit erforderlich nach Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 008. bis 010. (Postulat GR Nr. 2024/541)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Yves Henz (Grüne) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4004/2024): *Die Stadtzürcher und Schweizer Geschichte hat tiefe Verbindungen zur Kolonialisierung weiter Teile der Welt und damit zu massiver damit einhergehender Gewalt, auch wenn dies von vielen immer noch verleugnet wird. Das kann man speziell an der indigenen Gruppe der Kawésqar aufzeigen. Ihnen wurde unglaubliche Gewalt angetan und ihr Land weggenommen. Ihre Lebensweise wird ihnen dadurch bis heute verunmöglicht. Elf dieser Volksgruppe wurden in den Völkerschauen in Europa vorgeführt – eine rassistische Brutalität. Fünf von ihnen starben in Zürich. Man könnte sagen, sie wurden auf eine Art ermordet. Ihre Körper wurden erst im Jahr 2010 restituiert; auf eine Art, die die Kawésqar als respektlos empfanden. Was den Kawésqar angetan wurde, ist unbeschreiblich. Die Zürcher Bourgeoisie trägt unbestritten eine grosse Schuld. Sogar die NZZ anerkennt diese historische Ungerechtigkeit. Die Stadt hat eine historische Pflicht gegenüber den Kawésqar. Jetzt sind sie auf Zürich zugekommen und haben um eine Zusammenarbeit gebeten, die Stadt solle sie solidarisch unterstützen. Ich schliesse mit den Worten des Präsidenten der Pueblo Kawésqar Foundation: «Collaboration is key, and the city of Zurich is invited to support this relevant initiative, for these indigenous communities are deeply linked with Zurich, especially the Kawésqar. The future is here and the Kawésqar people will be back in Zurich working from 2025 to 2030 on a historical project dedicated to education and empowering the people and enrich our culture and society.» Es ist keine Wiedergutmachung und es ist kein Vergessen. Das können wir uns nicht leisten, und es steht in keinem Verhältnis zur widerfahrenen Ungerechtigkeit. Es ist ein erster Schritt zur gemeinsamen Dekolonialisierung.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Die Stadt hat sich geäussert, dass sie sich dieser traurigen Geschichte bewusst ist. Es gab kürzlich Gespräche zwischen dem Präsidialdepartement (PRD) und Francisco González Alvarez, dem Präsidenten der Fundación Pueblo Kawésqar, der offiziellen Vertretung dieser indigenen Gruppe. Bei diesem Austausch ging es darum, was die Vereinigung plant. Das PRD wies darauf hin, dass die Stadt aktuell die Strategie «Erinnerungskultur» erarbeitet und abwarten will, bis diese Ende 2025 vorliegt. Allfällige finanzielle Mittel wären darum erst im Jahr 2026 zu budgetieren.*

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Das ist wieder eine Geschichtslektion der Grünen. Das ist ein typischer*

Fall, ein Vorpreschen, bei dem man das Gefühl hat, das etwas Gutes getan wird, obwohl der Stadtrat aktuell eine Gesamtstrategie erarbeitet, was immer zu begrüßen ist. Es kann nicht angehen, dass jedes Klübchen auf der Welt, das das Gefühl hat, dass die reiche Stadt Zürich etwas bezahlen soll, zum Handkuss kommt. Zuerst sollten wir für unsere eigenen Leute schauen, bevor wir dahergelaufene Klübchen bedienen.

Weitere Wortmeldungen:

Përparim Avdili (FDP): *Wir waren noch in der Enthaltung, weil wir erst abklären wollten, was dahintersteckt. Niemand bestreitet die historischen Tatsachen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es kein zusätzliches Engagement der Stadt braucht. Zudem müsste ein solcher Vorstoss ausserhalb des Budgets erfolgen. Wir verstehen nicht, warum das Anliegen als Antrag im Budget kommt, zumal es keine bestehenden Kosten oder Ausgaben betrifft, sondern etwas Neues.*

Leah Heuri (SP): *Die tragische Geschichte der Kawésqar und die Verstrickungen der Stadt in die Kolonialverbrechen des 19. Jahrhunderts erfordern eine klare Verantwortung und Solidarität. Mit der Annahme des Postulats wird ein starkes Zeichen für Gerechtigkeit, Erinnerungskultur und internationale Solidarität gesetzt, daher sind wir dafür. Es ist ein wichtiger Schritt, um Verantwortung für das eigene koloniale Erbe anzugehen.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Die GLP positioniert sich im Zusammenhang mit unserem historisch verankerten Umgang mit Menschen, die wir in Abgrenzung zu weissen Europäern als fremd betrachtet haben, immer so, dass zwingend mehr Wissen zur Verfügung gestellt werden soll. Eine wissensbasierte Auseinandersetzung mit unbequemen Themen hilft uns, diskriminierende Strukturen zu erkennen. Wie im vorliegenden Beispiel, wo am Ende des 19. Jahrhunderts in einer selbsternannten aufgeklärten Gesellschaft das Menschsein offenbar nicht ausreichte, um ein Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu erhalten. Wir sind überzeugt, dass uns mehr Wissen einen neuen Blick in die Vergangenheit ermöglicht. Mehr Wissen hilft uns auch, weiterhin bestehende Macht-Asymmetrien zu erkennen und sich kritisch damit auseinanderzusetzen. Von Klübchen zu sprechen und zu sagen, dass man nicht dramatisch tun sollte, halte ich nicht für angemessen. Das Postulat unterstützt die GLP sehr gerne. Die Begründung, weshalb wir bei den beiden Anträgen in der Minderheit sind, ist daher keine inhaltliche. Die Antworten zeigten, dass aktuell eine Strategie in Bearbeitung ist. Wir glauben deshalb, dass eine fundierte und strategisch geplante Umsetzung von diesem berechtigten Anliegen, basierend auf dieser Erinnerungskulturstrategie, eine langfristige und nachhaltigere Wirkung als eine vorschnelle Aktion erzielen kann. So traurig das Kapitel auch ist, es scheint uns wichtig, dass es in ein Gesamtbild eingebettet wird, das unsere vielfältigen kolonialen Verstrickungen beleuchten kann. Wir teilen deshalb die Ansicht des Stadtrats, dass die Gelder erst nach Vorliegen der Strategie gesprochen werden sollen.*

Sophie Blaser (AL): *Die Kawésqar als dahergelaufene Gruppe zu bezeichnen, ist der Tiefpunkt dieser Budgetdebatte. Sie sind keinesfalls dahergelaufen, sie wurden gegen ihren Willen verschleppt, entführt und zur Schau gestellt. Sie wurden entmenschlicht und sind an diesen Folgen gestorben. Dass sich die Kawésqar überhaupt in Zürich befanden, hat nichts mit Freiwilligkeit zu tun und ist alles andere als dahergelaufen. Përparim Avdili (FDP) will ich daran erinnern, dass Sie im Schul- und Sportdepartement (SSD) sieben Anträge gestellt haben, die sich auf eine kantonale Initiative abstützen, die eine allgemeine Anregung ist und noch keine rechtliche Grundlage bietet. Das ist Ihre Vorgehensweise, während Sie hier sagen, dass das zu grundlegend sei, um in einer Budgetdebatte besprochen zu werden. Wir sprechen von 100 000 Franken – ein lächerlicher Betrag in Anbetracht der widerfahrenen Ungerechtigkeit. Die Voten zeigen, wie viel noch*

nötig ist, bis die und der Hinterletzte verstanden haben, was das bedeutet. Vielleicht passt es Ihnen nicht, dass Ihnen die Verantwortung und vergangene Verbrechen in Erinnerung gerufen werden. Das stört wahrscheinlich das schöne Image von Zürich. Es ist an der Zeit, das aufzuarbeiten. Ich verstehe nicht, warum wir bis zum Jahr 2026 warten sollten. Ihre Politik ist traurig. Sie verschliessen die Augen vor diesen Verbrechen.

Johann Widmer (SVP): *Wir schreiben das Jahr 2024 und ihr bringt Dinge aus dem 19. Jahrhundert. Ungerechtigkeiten, ohne Zweifel. Weshalb soll ausgerechnet Zürich für Dinge, die im 19. Jahrhundert passiert sind – in einer ganz anderen Zeit, die historisch anders betrachtet und beurteilt werden muss – irgendjemandem irgendetwas geben? Es sind noch mehr Ungerechtigkeiten passiert. Wir haben einen Gotthardtunnel gebaut. Hunderte Schweizer und Italiener sind dabei umgekommen. Ihnen müsste auch etwas gegeben werden. Im 19. Jahrhundert ging ein Zürcher Missionar nach Afrika und hat dort sein Unwesen getrieben. Auch dort sind im Namen der Christianisierung Ungerechtigkeiten passiert. Auch denen müsste man etwas geben. Die Liste könnte unendlich weitergeführt werden. Ich sehe nicht ein, weshalb das nötig oder angebracht sein sollte.*

Përparim Avdili (FDP): *Ich habe gesagt, dass niemand seitens der FDP die geschichtliche Auseinandersetzung bestreitet. Das ist aber purer linker moralischer Populismus. Es ist ein sehr wichtiges Thema für euch, aber ihr sucht euch das Budget aus, um das in einer Nebensächlichkeitsbehandlung zu behandeln. Und es seien ja nur 100 000 Franken. Ihr glaubt tatsächlich, dass man mit Geld jedes Problem lösen kann. Die FDP sagt nicht wegen des Geldes Nein. Ihr habt seit längerem die parlamentarische Mehrheit. Man hätte frühzeitig mit einem Vorstoss kommen und diesen ernsthaft ausarbeiten können. Mit einer Schriftlichen Anfrage hätte man im Voraus verstehen können, was bereits geschieht. Das Vorgehen ist lächerlich, somit nehmt ihr die ganze Sache offenbar nicht ernst.*

Stefan Urech (SVP): *Nicht die Gräueltaten, ihr habt uns zum Lachen gebracht: Weisse linke an Universitäten radikalisierte «woke» Studenten, die sich ihr Gewissen mit einem Budgetantrag freikaufen und die Geschichte schönschreiben wollen, indem sie hier ihren Antrag stellen. Süffisant wollt ihr dabei die FDP und uns mitschuldig machen, die nichts mit dieser Geschichte zu tun haben; weil wir bürgerlich und bourgeois seien.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Wir lehnen die Budgetanträge ab, weil wir der Meinung sind, dass nicht etwas ins Budget eingestellt werden soll, ohne dass es abgeklärt wurde. Wir sind nicht bereit, noch mehr und mehr Geld in das Budget zu stellen. Das schliesst nicht aus, dass wir das Postulat als solches unterstützen. Wir finden es wichtig, dass das geprüft wird. Ich will festhalten, dass es nicht sein darf, dass ein symbolischer Budgetantrag gestellt wird, damit ein Postulat schneller behandelt wird. Sonst werden wir zukünftig den ganzen Dezember lang solche Postulate behandeln müssen.*

Yves Henz (Grüne): *Dieser Vorstoss wurde zusammen mit der Pueblo Kawésqar Foundation ausgearbeitet. Es ist also kein linker weisser Vorstoss. Es ist eine Zusammenarbeit und was sie sich wünschen: Dass wir die koloniale Kontinuität gemeinsam hinterfragen. Manche Voten können im besten Fall als despektierlich bezeichnet werden. Mitschuldig sind wir als Gesamtgesellschaft. Mitschuldig macht ihr euch nicht, weil ihr bürgerlich seid, sondern weil ihr das ablehnt und gegen die Aufarbeitung seid. Ihr macht euch mitschuldig, weil ihr die historische Ungerechtigkeit nicht richtig anerkennt und weil ihr denen keine Stimme gebt, deren Stimme gestohlen wurde. Meine linken Mitstreiter*innen zeigen erneut, dass Fortschritt und Dekolonialisierung erkämpft werden müssen.*

S. 143	15 1500 3130 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidentialdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat				181 000	Minderheit
				50 000	231 000	Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Unterstützung Fundación Pueblo Kawésqar im Rahmen der Erinnerungskultur und Versöhnung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 009.

Wortmeldungen siehe Antrag 008.

S. 143	15 1500 3132 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidentialdepartement Departementssekretariat Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat				1 021 000	Minderheit
				50 000	1 071 000	Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Unterstützung Fundación Pueblo Kawésqar im Rahmen der Erinnerungskultur und Versöhnung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

4076. 2024/541

**Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 27.11.2024:
Unterstützung der Pueblo Kawésqar Foundation**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/421, Beschluss-Nr. 4074/2024, Antrag Nr. 008.

Yves Henz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4004/2024).

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 85 gegen 33 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 121, Beschluss-Nr. 4074/2024)

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4077. 2024/579

**Schriftliche Anfrage von Michele Romagnolo (SVP), Sebastian Zopfi (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 11.12.2024:
Kunstobjekt beim Pissoir auf dem Kanzleiareal, Einholung einer Baubewilligung, Auftragserteilung, Kostenbeteiligung und Dauer der Kunstdarbietung sowie Übernahme der Entsorgungskosten**

Von Michele Romagnolo (SVP), Sebastian Zopfi (SVP) und Yves Peier (SVP) ist am 11. Dezember 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Pissoir beim Kanzleiareal wurde umgebaut und beherbergt ein Kunstobjekt. Die Zweckentfremdung erfolgt aufgrund dem „Masterplan ZüriWC“.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen.

1. Wurde für den Umbau zum Kunstobjekt des Pissoir Kanzleianlage eine Baubewilligung eingeholt und wenn ja von wem?
2. Wer hat die Umbauarbeiten in Auftrag gegeben?
3. Hat sich die Stadt Zürich an den Kosten beteiligt? Wenn ja, wie hoch waren die Kosten und wer hat sie bewilligt?
4. Ist diese sogenannte Kunstdarbietung nur vorübergehend oder von langer Dauer?
5. Wenn das Objekt nicht mehr als Kunstobjekt genutzt wird, wer übernimmt die Kosten der Entsorgung?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

4078. 2024/399

Schriftliche Anfrage von Dr. Frank Rühli (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) vom 28.08.2024:

Ruhezonen im Stadtgebiet, Einordnung des Anliegens, Möglichkeiten für öffentliche Ruheräume in den Stadtkreisen, städtebauliche Optionen im Rahmen von Bauprojekten, regulatorische oder infrastrukturelle Aspekte sowie Beurteilung von Ruhezonen für gewisse Berufsgruppen und in Schulen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3677 vom 27. November 2024).

4079. 2024/400

Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 28.08.2024:

Zusätzliche Stehplätze im Stadion Letzigrund, Haltung zum Anliegen des FC Zürich, geschätzte Kosten für den Ausbau, Polizeikosten im Zusammenhang mit den FCZ-Spielen und mögliche Massnahmen bei einer Umsetzung des Anliegens sowie Beurteilung der Sicherheit

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3680 vom 27. November 2024).

4080. 2024/401

Schriftliche Anfrage von Julia Hofstetter (Grüne) vom 28.08.2024:

Einmietung grosser Detailhändler in städtischen Liegenschaften und Erreichung der Klimaziele, Vermietung der Flächen an kleinere Gewerbebetriebe unter Berücksichtigung der Aspekte der Nachhaltigkeit und des städtischen Klimaziels, Anpassung des Sortiments der Grossverteiler an das Netto-Null-Ziel der Stadt, Verpflichtung zur Klimaverantwortung sowie Klima-Dialog mit den Grossverteilern, die in privaten Liegenschaften eingemietet sind

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3711 vom 27. November 2024).

4081. 2024/402

Schriftliche Anfrage von Yves Peier (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 28.08.2024:

Messerattacken in Zürich, Sicherheits- und Informationsstrategie, routinemässige Kontrollen, mögliche Einrichtung von Messerverbotzonen in Zürich, Präventionsmassnahmen an den Schulen, Verschärfung von Strafen für das Mitführen von Messern und Austausch mit anderen europäischen Städten sowie Statistiken über Messerangriffe

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3676 vom 27. November 2024).

- 4082. 2024/403**
Schriftliche Anfrage von Tanja Maag (AL), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Moritz Bögli (AL) vom 28.08.2024:
Pflege und Betreuung durch Spitex-Organisationen, städtische Beiträge an die Organisationen und selbständig tätigen Pflegefachpersonen, Analyse zum Stundenwachstum kommerzieller Spitex-Anbietenden, Stundenansätze der kommerziellen Unternehmungen, Vergleich zu den Normdefiziten für ambulante Pflegeleistungen, Vorhalteleistungen der Spitex Zürich AG und Hintergründe zu den Prüfungen durch die städtische Controlling-Stelle sowie Stärkung der gemeinnützigen Spitex-Organisationen mit Leistungsvereinbarung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3678 vom 27. November 2024).

- 4083. 2024/449**
Schriftliche Anfrage von Matthias Renggli (SP) und Serap Kahrman (GLP) vom 18.09.2024:
Regelung der Untermietverhältnisse, Erfassung der Untermietverhältnisse bei Liegenschaften Stadt Zürich und den städtischen Stiftungen, bekannte Verhältnisse auf Plattformen wie Airbnb, Vorgaben betreffend die maximal zulässige Höhe der Untermiete, Überprüfung und Durchsetzung der Vorgaben sowie generelle Handhabung von Untermietverhältnissen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3675 vom 27. November 2024).

- 4084. 2024/110**
Weisung vom 20.03.2024:
Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Zonenplanänderung und Änderung Ergänzungsplan Waldabstandslinien «Werkhof Bederstrasse», Zürich-Enge, Kreis 2

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2024 ist am 2. Dezember 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2024.

- 4085. 2024/114**
Weisung vom 20.03.2024:
Tiefbauamt, Kunst im öffentlichen Raum, Kunstprojekte gemäss Leitbild Kunst im öffentlichen Raum vom 5. April 2023 für die kommenden acht Jahre, Rahmenkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2024 ist am 2. Dezember 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2024.

4086. 2024/205

Weisung vom 15.05.2024:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Riedtli, Umbau, neue einmalige Ausgaben

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2024 ist am 2. Dezember 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2024.

4087. 2024/218

Weisung vom 22.05.2024:

Energiebeauftragte, Verordnung über Förderbeiträge für den vorzeitigen Heizungsersatz (VFH), Neuerlass

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2024 ist am 2. Dezember 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2024.

4088. 2024/276

Weisung vom 12.06.2024:

Tiefbauamt, neuer Schifflandungssteg Wollishofen, neue einmalige Ausgaben

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2024 ist am 2. Dezember 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2024.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2024, 17.00 Uhr